

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSSTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 14. Dezember 1953

Blatt 2118

Wiener Landtag

=====

14. Dezember (RK) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Marek (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Da die beiden ersten Tagesordnungspunkte dieselbe Materie betreffen, werden sie auf Vorschlag des Präsidenten unter einem behandelt.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Resch (SPÖ) referiert zunächst über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Einhebung einer Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh im Gebiete der Stadt Wien. Dieses Gesetz hat sich in den abgelaufenen Jahren als wertvolle Waffe erwiesen, um der Verödung des Wiener Schlachtviehmarktes entgegenzuwirken. Die Umgehung des Wiener Schlachtviehmarktes bringt der Stadt Wien nicht nur fiskalische Nachteile, es weist vielmehr auch die Viehbeschau außerhalb Wiens viele Mängel auf.

Mit der vorliegenden Novelle soll die Geltungsdauer der Einhebung der Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh um drei Jahre verlängert werden.

Die Arbeiterkammer hat gegen die weitere Einhebung der Ausgleichsabgabe keinen Einwand erhoben. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft hat sich gegen die Verlängerung mit der Begründung ausgesprochen, daß durch diese Ausgleichsabgabe eine Mehrbelastung für das fleischverarbeitende Gewerbe in Wien eintrete. Hiezu stellt Stadtrat Resch ausdrücklich fest, daß von dieser Ausgleichsabgabe nur Großbetriebe des fleischverarbeitenden Gewerbes betroffen werden, die sich durch den Direkt-einkauf die gesamten Marktkosten und zum Teil die Handelsspanne ersparen. Es wäre unbillig, wenn diese Betriebe, die wesentlich

besser daran sind als die übrigen Gewerbebetriebe, keine Beiträge zur Erhaltung des Großmarktes in Wien leisten, der ja für das gesamte übrige fleischverarbeitende Gewerbe unbedingt notwendig ist. Auch das Veterinäramt hat sich aus sanitären Gründen für die Aufrechterhaltung ausgesprochen.

Der zweite Gesetzentwurf, über den Stadtrat Resch berichtet, ist die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Einhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch im Gebiete der Stadt Wien. Auch dieses Gesetz soll um drei Jahre bis 31. Dezember 1956 verlängert werden.

Zu dem Einwand der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, daß die Gebühren ohnehin die Selbstkosten der Schlachthöfe decken, sodaß die Einhebung der Ausgleichsabgabe wirtschaftlich nicht notwendig sei, stellt der Berichterstatter fest, daß der Betriebsaufwand der Schlachthöfe im kommenden Jahr 12 Millionen Schilling betragen werde, während die Gebühren nur 5,1 Millionen Schilling hereinbringen werden.

Bei der Abstimmung werden beide Gesetze vom Landtag in beiden Lesungen angenommen.

Wiener Kanalräumungsgebühren in den Randgemeinden

Stadtrat Resch (SPÖ) berichtet sodann auch über die Ausdehnung des Gesetzes betreffend die Räumung von Unratsanlagen durch die Stadt Wien und die Einhebung von Räumungsgebühren auf die Randgemeinden.

Als 1938 die Randgemeinden an Wien angeschlossen wurden, wurde einfach übersehen, daß Gesetz über die Kanalräumungsgebühren auf diese Gebiete auszudehnen. Dies muß nun nachgeholt werden, weil in einer Reihe dieser Gebiete nicht mehr haltbare juristische Verhältnisse bestehen. In neun Randgemeinden werden sieben verschiedene Rechtsvorschriften angewendet. Durch den Bau des Liesingbach-Sammelkanals würde eine große Zahl von Gemeinden an das Kanalnetz des Liesingbaches angeschlossen; es ist aber nicht möglich, Kanalgebühren einzuheben. Die Vorlage betrifft im übrigen nur die Kanalgebühren, nicht aber die Gebühren über die Räumung von Senkgruben.

Das Gesetz soll auf alle Randgemeinden mit Ausnahme des Gebietes von Mödling und Klosterneuburg ausgedehnt werden, weil dort jetzt schon die Gebühren in ihrer Höhe ungefähr den

Wiener Verhältnissen entsprechen.

Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft hat in ihrem Gutachten die Ausdehnung begrüßt, aber gegen den gegenwärtigen Zeitpunkt mit Rücksicht auf die bevorstehende Klärung der Gebietsverhältnisse zwischen Wien und Niederösterreich Bedenken erhoben. Der Magistrat ist aber der Ansicht, daß eine Verschiebung nicht möglich ist, denn es darf aus dem Titel der Steuergerechtigkeit nicht zugelassen werden, daß die Vorteile der **Kanalisation** diesen Gebieten zugute kommen, die Kosten aber von den übrigen Gebieten der Gemeinde Wien getragen werden müssen.

Abg. Dr. Altmann (LBl.) spricht sich grundsätzlich für die Ausdehnung der Kanalgebühren auf die Randgemeinden aus, bemängelt jedoch, daß aus dem Bericht nicht zu ersehen ist, wie groß das Ausmaß der Erhöhungen für die Randgemeinden sein wird und welche finanzielle Auswirkung sich für die Gemeinde Wien ergeben werden.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Hengl (ÖVP) ist der Meinung, daß die Vorlage auch der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer zur Begutachtung zu übermitteln gewesen wäre. Eine Vereinheitlichung sei zu begrüßen, man müsse aber auch auf die besonderen Verhältnisse in den Randgemeinden Bedacht nehmen. Durch die wesentlich längeren Kanalleitungen auf dem Lande ergeben sich für die dortige Bevölkerung erheblich höhere Belastungen. Der Redner unterstreicht die Feststellung des Berichtserstatters, daß grundsätzlich nicht daran gedacht werden soll, die Senkgruben durch die Gemeinde Wien zu räumen, um den Landwirten die Verwendung des Düngers zu ermöglichen. (Beifall von der Volkspartei.)

Stadtrat Resch (SPÖ) stellt in seinem Schlußwort fest, daß von der Ausdehnung dieses Gesetzes vor allem die Gemeinden Atzgersdorf, Fischamend-Markt, Liesing, Schwechat, Siebenhirten, Wiener-Neudorf und **Alt-Kettenhof** betroffen sind. Die Größe der Erhöhung ist verschieden. Sie beträgt im äußersten Fall, dort, wo überhaupt keine Gebühren bestanden haben, 2 S im Jahr je Meter und je Abortanlage. Der Magistrat schätzt die Mehreinnahmen aus dieser Vorlage auf weit unter 100.000 Schilling pro Jahr. Es handelt sich dabei um kein finanzielles sondern um ein

rechtliches Problem.

Ein Gutachten der Landwirtschaftskammer wurde nicht eingeholt, weil die Vorlage nicht die beruflichen Interessen der Landwirtschaft sondern die Interessen von Hausbesitzern und Mietern berührt.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Präsident Marek schließt hierauf die Sitzung.

Ausstellung Ladislaus Tuszinsky
=====

Zum 10. Todestag des Illustrators der Kronenzeitung

14. Dezember (RK) Zum 10. Todestag des Zeichners Ladislaus Tuszinsky zeigt die Wiener Stadtbibliothek gemeinsam mit dem Museum der Stadt Wien eine kleine Auswahl aus dem Lebenswerk des populären Künstlers. Tuszinsky hat 40 Jahre hindurch die Titelseite der Kronenzeitung bezeichnet. 12.000 Zeichnungen stammen von seiner Hand. Die Kleinausstellung zeigt Tuszinsky als Illustrator, Filmzeichner und Postkartenmaler. Sie ist Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt bis 9. Jänner geöffnet. Neues Rathaus, IV. Stiege, I. Stock, Lesesaal der Stadtbibliothek.

Wiener Gemeinderat

=====

Beginn der Budgetberatungen

14. Dezember (RK) Im Anschluß an die Sitzung des Landtages trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zusammen.

Vom Linksblock lag ein Antrag auf "Auszahlung einer Weihnachts-Unterstützung an alle Dauerbefürsorgten" vor. Die dringliche Behandlung wird verlangt: darüber wird vor Schluß der Sitzung (voraussichtlich Samstag) abgestimmt werden. Ferner lagen vom Linksblock zwei Anträge vor. Die SPÖ stellte einen Antrag auf Verlesung der schriftlichen Beantwortung der im Gemeinderat am 7. November gestellten Anfrage über die Schulden der Usia-Betriebe bei den Wiener Stadtwerken. Darüber wird gleichfalls vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden. Eine Anfrage stammt von der WdU.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Wahl des Gemeinderates Fucik (SPÖ) zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Gesundheitswesen und zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten vorgenommen.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1954

Hierauf begann der Wiener Gemeinderat mit den Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1954. Auf Vorschlag von Bürgermeister Jonas werden sich die Beratungen folgendermaßen abspielen. Als erstes wird die Generaldebatte über den Voranschlag zugleich mit der Spezialdebatte über das Finanzwesen abgewickelt. Hierauf folgt die Abstimmung über die Ansätze des Finanzwesens. Dann werden die Geschäftsgruppen I und III bis X einschließlich der Ansätze des außerordentlichen Voranschlages behandelt und darüber abgestimmt. Als letztes wird über Bilanz und Bedeckung referiert und abgestimmt, womit der Voranschlag 1954 erledigt ist. Im Anschluß daran berichtet Stadtrat Dkfm. Nathschläger über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen. Bisher haben sich 73 Redner zu Wort gemeldet, davon 12 Referenten. Stadtrat

Resch berichtet auch über Bilanz und Bedeckung. Von den 61 Debatten-Rednern entfallen 9 auf die WdU, 12 auf den Linksblock, 21 auf die ÖVP und 19 auf die SPÖ.

Stadtrat Resch referierte über das Budget. Er führte aus: Der Voranschlag einer Stadt ist gleichzeitig ihr Programm für die Tätigkeit im kommenden Jahr. Seine Gestaltung beeinflusst wesentlich das Wiener Wirtschaftsleben. Es hat Zeiten gegeben, in denen die Verwaltung und die Wirtschaft einer Stadt nur wenig Berührung miteinander hatten. Heute ist es anders geworden; heute greift die öffentliche Hand unmittelbar in das wirtschaftliche Geschehen ein. Die Gemeinde Wien zum Beispiel ist nicht nur der größte Auftraggeber unserer Stadt geworden, sie ist auch der größte Arbeitgeber und beeinflusst durch die Gestaltung der Lebensverhältnisse ihrer eigenen Angestellten die gesamte Wirtschaft. Die Kaufkraft von 200.000 Menschen, die von den Gehältern und Ruheentzügen leben, die die Stadt zahlt, ist für die Wirtschaft eine wesentliche Stütze, zumal diese Kaufkraft durch die definitive Anstellung unserer Angestellten nur wenig Schwankungen unterliegt. Die Milliardenbeträge, die die Gemeinde jährlich an Aufträgen an die Wirtschaftstreibenden dieser Stadt vergibt, sind die Grundlage der Existenz vieler Betriebe der Industrie und des Gewerbes geworden. Sie geben Zehntausenden von Arbeitern und Angestellten direkt Arbeit und Brot. Niemand kann sich heute mehr vorstellen, wie das Wirtschaftsleben unserer Stadt ohne die Aufträge der Gemeinde existieren sollte. Das Ausmaß der Befruchtung unserer Wirtschaft hängt natürlich von der Höhe der Mittel ab, die aus den Einnahmen der Stadt hierfür bereitgestellt werden können. Die voraussichtlichen Einnahmen genau zu schätzen und bei ihrer Aufteilung die direkt arbeitsschaffenden Ausgaben möglichst stark zu berücksichtigen, ist das wirtschaftlich wichtigste Problem bei Aufstellung des Voranschlages. Leider sind bei der Schätzung der Einnahmen Unsicherheitsfaktoren zu berücksichtigen, die die Richtigkeit der Schätzung außerordentlich erschweren. So mußten zum Beispiel im Vorjahr bei Aufstellung des Voranschlages für 1953 die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundessteuern nur aus provisorischen Schätzziffern des Finanzministeriums übernommen

werden, weil bekanntlich im Vorjahr ein Bundesbudget überhaupt nicht zustandekam. Diese provisorischen Schätzziffern für 1953 waren so nieder angesetzt, daß nunmehr bei Aufstellung des Budget 1954 alle Vergleichszahlen zum Voranschlag 1953 über gemeinschaftliche Bundessteuern ein optimistisches Bild ergeben, das garnicht den Tatsachen entspricht. Die wirklichen Einnahmen 1953 aus den gemeinschaftlichen Bundessteuern, die wir heute schon fast zur Gänze kennen, werden voraussichtlich wesentlich höher sein als sie uns für den Voranschlag 1953 angegeben wurden.

Heuer mußte mit einem noch stärkeren Unsicherheitsfaktor gerechnet werden, und zwar mit der voraussichtlichen Auswirkung der Reformen der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer und der Lohnabzugssteuer, die alle erst am 1. Jänner 1954 in Kraft treten, so daß bis jetzt ihre Auswirkungen auf die Höhe der Einnahmen nur vermutet werden können; dabei gehen die Meinungen stark auseinander.

Mindereinnahmen an Gewerbesteuer . . .

In Verhandlungen mit dem Finanzministerium ist es gelungen, die ursprünglich vorgesehene Ermäßigung der Gewerbesteuer bis zu einem Einkommen von 102.000 Schilling auf 72.000 Schilling herabzudrücken. Die Forderung nach Einführung einer Mindeststeuer und die Forderung, daß auch endlich die Bundesbetriebe gewerbesteuerpflichtig werden sollen, konnten leider nicht durchgesetzt werden. Der voraussichtliche Verlust Wiens an Gewerbesteuer wird im nächsten Jahr 25 Millionen Schilling betragen.

. . . und an Einkommensteuer

Die auf Grund der Einkommensteuerreform zu erwartenden Mindereinnahmen an Einkommensteuer- und Lohnsteuer werden auf insgesamt 1 Milliarde bis 1.2 Milliarden Schilling geschätzt, wovon Länder und Gemeinden die Hälfte zu tragen haben. Von den Mindereingängen an Einkommen- und Lohnabzugssteuer entfällt allein auf Wien der gigantische Betrag von 175 bis 210 Millionen Schilling.

Die Verhandlungen über den Finanzausgleich

Stadtrat Resch gibt hierauf einen ausführlichen Überblick über die diesjährigen Finanzausgleichsverhandlungen und stellt hiezu ausdrücklich fest, daß die Gesetzgebungskompetenz auf diesem Gebiet dem Nationalrat zusteht. Die Finanzausgleichsverhandlungen mit den Vertretern der Länder, Städte und Gemeinden entsprechen einer seit Jahrzehnten eingehaltenen Übung, wobei der Bund den Grundsatz vertritt, daß es sich hier um ein paktiertes Recht handelt, das vorher mit den Verhandlungspartnern abgesprochen werden muß.

Die erste Forderung des Finanzministers, daß die Länder die Aktivbezüge der Lehrer und alle nach dem 1. Jänner 1954 neu anfallenden Pensionen zu übernehmen hätten, wurde von den Ländern nicht akzeptiert, da die daraus erwachsende jährliche Belastung der Länder rund 861 Millionen betragen hätte. Als Ausgleich hatte der Finanzminister einen Abbau des Bundespräzipiums in drei Etappen in Aussicht gestellt. Der Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer und an der Lohnsteuer sollte auf 6 Prozent - statt bisher 17 bzw. 20 Prozent - herabgesetzt, hingegen der Anteil der Länder von 33 bzw. 30 Prozent auf 44 Prozent erhöht werden. Diese Forderung wurde vom Finanzministerium damit begründet, daß die Mehrausgaben des Bundes gegenüber 1952 im kommenden Jahr 3 Milliarden Schilling betragen werden, wodurch mit einem Nettoabgang von 2 Milliarden Schilling gerechnet werden müsse.

Länder und Gemeinden haben die Forderung nach Übernahme der Lehrerbezüge durch die Länder einheitlich abgelehnt, außerdem haben sich auch sämtliche Organisationen der Lehrerschaft gegen die "Verlängerung" der Lehrer zur Wehr gesetzt.

Nach Ablehnung dieser ersten Forderung stellte der Finanzminister das Verlangen nach einer Erhöhung des Bundespräzipiums von 575 Millionen auf 1 Milliarde jährlich.

Auch diese Forderung fand nicht die Zustimmung der Vertreter der Länder und Gemeinden. Bundeskanzler und Finanzminister erklärten, daß es nicht möglich sei, mit dem Bundespräzipium unter 800 Millionen Schilling herunterzugehen. Die Erhöhung des Bundespräzipiums wurde mit der Steigerung der Gewerbesteuererträge von 800 Millionen im Jahre 1952 auf 1,2 Milliarden im Vorschlag 1954 begründet. Der Kompromißvorschlag der Länder und Gemeinden ging dahin, das Bundespräzipium mit 700 Millionen Schilling festzulegen. Mit der Ablehnung dieses Vorschlages durch den Finanzminister waren die Verhandlungen als gescheitert anzusehen und der Ministerrat mußte die auf der Tagesordnung stehende Beratung des Budgets 1954 absetzen. Damit war tatsächlich wieder eine Budgetkrise ausgebrochen. Schließlich ist es in Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien gelungen, das Bundespräzipium mit 700 Millionen Schilling festzusetzen, allerdings nur unter der Bedingung, daß schon im Frühjahr 1954 neue Finanzausgleichsverhandlungen aufgenommen werden, wobei eine Regelung auf längere Zeit - es wurde von 3 Jahren gesprochen - gefunden werden soll.

Es soll ausdrücklich festgehalten werden - betonte Stadtrat Resch - daß es sich bei der Festlegung des Bundespräzipiums für 1954 keineswegs um ein Diktat des Bundes handelt, es haben vielmehr die Länder, Städte und Gemeinden Österreichs einvernehmlich dem Bunde diese Summe angeboten. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung für die kommenden neuen Finanzausgleichsverhandlungen, daß die Einheit der Länder, Städte und Gemeinden bei diesen langwierigen Verhandlungen gewahrt werden konnte.

Wien hat ein Drittel der Mehrbelastung aus dem Bundespräzipium, nämlich 42 Millionen Schilling, zu tragen.

Der Finanzminister hat trotz der durchgeführten Steuerreformen für das kommende Jahr äußerst optimistisch budgetiert und begründete diese ~~optimistische~~ Auffassung mit der von ihm angenommenen Expansion der österreichischen Wirtschaft. Er rechnet mit einer Fortdauer der aktiven Zahlungs- und Handelsbilanz und der Exportkonjunktur.

Die aktive Handels- und Zahlungsbilanz, auf die sich der Finanzminister stützt, ist zweifellos nur vorübergehend möglich durch die Tatsache, daß unsere Exportkonjunktur begünstigt, unsere Importe jedoch benachteiligt wurden. Alle übrigen Staa-

ten der Europäische Zahlungsunion mußten ihre Wareneinfuhr mit mindestens 75 Prozent liberalisieren, eine Reihe von Staaten hat die Wareneinfuhr in ihrem Land schon mit mehr als 90 Prozent freigegeben, sodaß Österreich ungehindert seine Waren in diese Staaten verkaufen konnte, während umgekehrt Österreich bis vor kurzem überhaupt nichts oder jedenfalls unzureichend seine Importe liberalisiert hat. Die EPU-Staaten üben daher mit Recht einen gewissen Druck auf Österreich aus und weisen darauf hin, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Wenn wir unsere Liberalisierung ähnlich wie die anderen EPU-Staaten erhöhen, wird natürlich der Import nach Österreich wesentlich ansteigen und damit die Grundlage der aktiven Handels- und Zahlungsbilanz verlorengehen.

Die zweite Ursache, warum man nicht mit so großem Optimismus in die Zukunft sehen darf, ist - betont Stadtrat Resch - die Tatsache, daß trotz Erhöhung der Exporte die Produktion in Österreich im letzten Jahr überhaupt nicht gestiegen, sondern sogar gesunken ist.

Drittens konnte der Devisenvorrat, auf dem wir mit Recht so stolz sind, und der eine gewisse wirkliche Deckung für die zukünftige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft bietet, überhaupt nur zustandekommen, weil wir einen Zwangskurs für unseren Schilling und weil wir eine Devisenbewirtschaftung haben.

Hätten wir keine Devisenbewirtschaftung und keinen Zwangskurs, dann würde sich jede aktive Zahlungsbilanz in kurzer Frist ausgleichen. Wenn wir einen freien Zahlungsverkehr hätten, dann würde der Überschuß an Devisen auf dem Markte angeboten werden. In einer freien Geldwirtschaft würde sich die automatische Wirkung von Nachfrage und Angebot geltend machen. Ein höheres Devisenangebot aus Exportüberschüssen bewirkt automatisch, daß der Wert der fremden Devisen sinkt und der Wert des Schillings steigt. Damit würden unsere Preise gegenüber dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig sein, unser Export würde auf vielen Gebieten unmöglich werden und sinken.

Steigt der Wert des Schillings durch ein Überangebot an Devisen, so wird andererseits auch der Import leichter werden, weil wir um den gestiegenen Wert des Schillings mehr Waren aus dem Ausland bekommen.

Ich behaupte daher, sagt Stadtrat Resch, daß der ganze Devisenvorrat, den die Österreichische Nationalbank in den letzten eineinhalb Jahren sammeln konnte, nur möglich war, weil sich das Überangebot von Devisen durch Devisenbewirtschaftung und durch den Zwangskurs nicht auf den Schillingkurs auswirken konnte. Wenn wir morgen in Österreich einen freien Geldmarkt hätten, würde der Dollar in kürzester Frist nicht mehr 26 Schilling, sondern wesentlich weniger kosten. Man kann aber nicht damit rechnen, daß sich das Ausland diesen Zustand auf die Dauer gefallen läßt, daß die Ansammlung von Devisen nicht die naturnotwendige geldmarktliche Anwendung findet wie anderswo.

Entscheidender ist aber noch die Tatsache, daß sich die Exportsteigerung des letzten Jahres auf die Produktion in Österreich überhaupt nicht ausgewirkt hat. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat in seinem letzten Bericht festgestellt, daß in der Zeit vom Jänner bis August, wo wir eine ausgesprochene Exportkonjunktur hatten, die Produktion in Österreich überhaupt nicht gestiegen, sondern um 2 Prozent gesunken ist. Wenn wir die Exportsteigerung nicht gehabt hätten und allein auf den Inlandskonsum angewiesen wären, wäre ein Sinken um volle 10 Prozent eingetreten. Es wurde also im Inland um volle 10 Prozent weniger konsumiert als vor einem Jahr. Die Exportkonjunktur ist daher durch einen Verzicht des Inlandes auf einen Teil des Konsums erfolgt. Keiner der unselbständig Erwerbstätigen in diesem Lande hat in diesem Jahr das Gefühl gehabt, daß sein Lebensstandard gestiegen ist, denn der Inlandskonsum ist tatsächlich um 10 Prozent gesunken.

Ich bin daher der Meinung, betont Stadtrat Resch, daß trotz der aktiven Handels- und Zahlungsbilanz und trotz der Erhöhung unseres Devisenvorrates dadurch, daß keine Erhöhung für den Inlandskonsum erfolgt ist, daß keine Erhöhung der Produktion und keine wesentliche Änderung der Beschäftigtenzahlen eingetreten ist, diese Grundlagen nicht ausreichen zu

einer wirklich optimistischen Auffassung der kommenden Entwicklung. Nur wenn aus der reinen Geldkonjunktur eine Waren- und eine Mengenkonzunktur wird ist der Optimismus des Finanzministers gerechtfertigt.

Dazu ist vor allem notwendig, daß das jetzt brachliegende Kapital, das aus der Exportkonjunktur kommt, endlich in langfristige billige Kredite umgewandelt werden muß. Wenn mit diesen billigen langfristigen Krediten neue Produktionsstätten in diesem Lande geschaffen werden können, die vorhandenen Modernisierungen verbessert werden, wenn damit die Gestehungskosten unserer Waren und die Preise sinken, die Konsumkraft der großen Massen erhöht wird und eine dauernde Vollbeschäftigung erreicht werden kann, dann erst werden wir mit erhöhten Steuereinnahmen rechnen können.

Zu dieser wünschenswerten Entwicklung gehört, daß die öffentliche Wirtschaft das Möglichste beiträgt und einen möglichst großen Teil der ihr zur Verfügung stehenden Mittel für Zwecke der Arbeitsbeschaffung verwendet. Im Bunde ist aus einem Saulus bereits ein Paulus geworden. Während der Finanzminister noch im Vorjahr öffentliche Investitionen als unwirtschaftlich abgelehnt und erklärt hat, daß die private Wirtschaft mit dem gleichen Geldbetrag einen viel größeren Effekt erzielen könnte als die öffentliche Wirtschaft, ist der Finanzminister heuer schon zu dem von uns vertretenen Grundsatz zurückgekehrt und hat in sein Budget gegenüber dem Vorjahr um eine volle Milliarde mehr für öffentliche Investitionen eingesetzt, was ich mit großer Anerkennung zur Kenntnis nehme.

Stadtrat Resch zeigt sodann auf, in welcher günstiger Weise sich das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemeinde Wien auf die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitslosen in dieser Stadt auswirkt. Die Gemeinde Wien hat wieder ein Winterarbeitsprogramm aufgestellt. Sie hat damit, gewitzigt durch die Erfahrungen der Vorjahre, heuer schon viel früher begonnen und schon im Oktober die meisten Vorhaben in die Wirklichkeit umgesetzt. Ein Vergleich zwischen den Monaten

August und Dezember 1953 zeigt nun, daß die Arbeitslosenzahl in allen Bundesländern, nämlich in Niederösterreich um 38 Prozent, in Oberösterreich um 48 Prozent, in Steiermark um 54 Prozent, in Burgenland um 71 Prozent, in Salzburg um 100 Prozent, in Kärnten um 131 Prozent und in Tirol um 145 Prozent, wesentlich gestiegen ist. In dem gleichen Zeitabschnitt steht Wien allein auf weiter Flur mit einer Abnahme seiner Arbeitslosenzahl um 0.7 Prozent. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. - Zustimmung bei der ÖVP.) Der Arbeitslosenstand hat sich von 59.528 im August auf 59.143 am 1. Dezember gesenkt. Wir vermochten die Zahl der Beschäftigten durch eine kluge Verteilung unserer Arbeitsaufträge noch um 400 zu steigern und konnten damit die von den Arbeitern so schwer empfundene Zeit der Saisonarbeitslosigkeit des Winters wesentlich verkürzen. Wenn auch das gute Bauwetter hiezu einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet hat und in den westlichen Bundesländern die Sommersaison im Fremdenverkehr berücksichtigt werden muß, ist aber das Gesamtergebnis dieser Gegenüberstellung für Wien und seine Wirtschafts- und Finanzpolitik zweifellos erfreulich.

Ein gleiches Ergebnis zeigt die Zahl der in Wien Beschäftigten. Bei der Wiener Gebietskrankenkasse waren am 1. Dezember mit 371.000 Arbeitern um 7.000 mehr versichert als im Vorjahr. Auch bei den Angestellten ist die Zahl der Versicherten heuer mit 170.000 um 4.000 höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Es sind somit insgesamt um 11.000 Arbeiter und Angestellte am 1. Dezember in Wien mehr beschäftigt als 1952. Den 371.000 beschäftigten Arbeitern in der privaten Wirtschaft standen am gleichen Stichtag des Jahres 1937 nur 194.000 beschäftigte Arbeiter, also um 180.000 weniger gegenüber. Während wir heuer 170.000 Angestellte beschäftigen, betrug die Vergleichszahl vom 1. Dezember 1937 nur 118.000, also um 52.000 weniger als heute. Zusammen beschäftigen wir also in Wien um 230.000 Arbeiter und Angestellte mehr als 1937, wohl ein eklatantes Zeugnis für den Erfolg der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die in dieser Stadt in der Zweiten Republik geführt wird. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Die Einnahmen und die Ausgaben

Der Redner erklärt, er habe die optimistischen Ansätze des Bundes übernommen. Die eigenen Einnahmen wurden genau nach dem letzten Ergebnis der Einnahmen 1953 errechnet und festgesetzt. Bei gleichbleibender Wirtschaftslage, das heißt, wenn sie sich nicht bessert, sind keine Reserven in diesem Budget enthalten. Es seien keinerlei neue Steuern und Abgaben vorgesehen, jedoch auch keine Ermäßigungen. Die Gesamteinnahmen im kommenden Jahr im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag werden 2.900 Millionen Schilling einbringen, das ist um 7.9 Prozent mehr. Die Ausgaben sind mit 3.089 Millionen Schilling angesetzt, sie steigen also um 7.8 Prozent. Es ergibt sich somit ein Abgang von 189 Millionen, das sind um 13 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Der Abgang macht daher 6.1 Prozent des Budgetvolumens aus.

Die Einnahmen gliedern sich nun in Nettoertragsanteile, also in Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundessteuern in der Höhe von 931 Millionen. Sie werden trotz der Erhöhung des Bundespräzipiums gegenüber dem Voranschlag 1953 um 58 Millionen oder 6.6 Prozent höher sein. Die Einnahmen aus den eigenen Steuern und Abgaben sind mit 819 Millionen, um 106 Millionen höher, angesetzt. Die sonstigen Einnahmen betragen 838 Millionen, um 33 Millionen mehr. Darlehen sind mit 39 Millionen im Budget angesetzt. Die Wertdurchführungen, das sind die Verrechnungsansätze zwischen den Gemeindedienststellen machen 273 Millionen Schilling aus. Der Referent bezeichnet diese Vergleichsziffern nur deswegen so günstig, weil die Ansätze des Voranschlages 1953 zu niedrig gehalten waren, mit den tatsächlichen Einnahmen verglichen ergibt sich ein anderes Bild. So wurden an Nettoertragsanteilen für 1954 931 Millionen angesetzt, sie haben jedoch zum Beispiel im Jahre 1952 tatsächlich 1.079 Millionen ausgemacht. Die Ertragsanteile 1954 werden also um 148 Millionen geringer sein. Auch im Vergleich zu 1953 sind die Nettoertragsanteile um 119 Millionen geringer. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei den Gesamteinnahmen. Sie betragen im Jahre 1952 3.029 Millionen, waren also um 129 Millionen höher als es die Einnahmen 1954 sein werden. Für das Jahr 1953 rechnet man mit 3.091 Millionen. Das nächstjährige Ergebnis wird also um volle 191 Millionen Schilling hinter dem tatsächlichen Ergebnis

des heurigen Jahres zurückbleiben.

Bei den eigenen Abgaben zeigt sich eine Steigerung um 106 Millionen Schilling. Diese teilen sich auf mit 85 Millionen auf die Gewerbesteuer, mit 10 Millionen auf die Lohnsteuer, mit 5 Millionen auf die Grundsteuer und mit 3 Millionen auf die Vergnügungssteuer. Alle anderen Ansätze sind im wesentlichen nur geringfügig geändert.

Bei den Ausgaben wurde stets nach dem Grundsatz budgetiert, keine Erhöhung des Verwaltungsaufwandes zuzulassen, und dort, wo eine solche Erhöhung zwangsläufig notwendig geworden ist, gleichzeitig neue Mittel zu ihrer Deckung zu schaffen. Der Referent verweist in diesem Zusammenhang auf die notwendig gewordene Erhöhung der Kindergarten- und Röntgenuntersuchungsgebühren. Er vertrete den Grundsatz, den Verwaltungsaufwand nicht erhöhen zu lassen und alle Kraft darauf zu verwenden, das Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht zu schmälern. Zum Beweis hierfür dienen zum Beispiel die Vergleichszahlen für den Personalaufwand, der im kommenden Jahr 31.7 Prozent des Budgets ausmachen wird. Er wurde um 0.3 Prozent gedrückt, obwohl die Bezüge durch die erste Etappe der Entnivellierung gesteigert wurden. Die Reduzierung ist durch eine wenn auch geringfügige Reduzierung des Personals um 418 Personen erreicht worden. Der laufende Sachaufwand wird 38.7 Prozent des Budgets ausmachen, gegenüber 38.3 im Jahre 1953, was vor allem in der Steigerung der Spitalskosten seine Ursache hat. Bei den Investitionen ist es gelungen, den Prozentsatz am Gesamtaufwand mit 29.6 Prozent fast unverändert zu belassen.

Der Gesamtaufwand der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten beträgt 980 Millionen Schilling, das bedeutet eine Steigerung um 63 Millionen oder um 6.9 Prozent. In der Verwaltungsgruppe II steigen die Ausgaben um 54 Millionen auf 240 Millionen Schilling. Die Ursache dieser Steigerung ist, daß im kommenden Jahr für Darlehen an Genossenschaftliche Siedlungs- und Wohnungsbauten 50 Millionen Schilling bereitgestellt werden, gegenüber 30 Millionen Schilling im Jahre 1953.

Der Referent erklärt, die Gemeindeverwaltung wäre bereit, aus diesen Krediten auch Kredite für den Bau von Eigenheimen von Privaten zu geben, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese gleiche Regelung aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds erfolgt. Wenn also der Bund seine Kreditgewährung aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds auch auf den Bau von privaten Eigenheimen ausdehnt, ist auch die Gemeindeverwaltung bereit, aus ihren Mitteln solche Darlehen in dem gleichen Umfang wie für Genossenschaften zu geben. Für die Vorfinanzierung von Hausrat ist ein Betrag von 40 Millionen Schilling erstmalig vorgesehen. Stadtrat Resch erklärt sich bereit, über diesen Betrag hinaus Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn das Handelsministerium sämtliche Hausratsansuchen schnell erledigt. Gleichfalls erstmalig angesetzt ist ein Vorschuß, der zur Deckung des Betriebsabganges von der Wohnhäuserverwaltung benötigt wird und der im kommenden Jahr ohne Investitionen und ohne Kapitaldienst 9,4 Millionen ausmachen wird. An Zinsen, die an Rücklagen verrechnet werden müssen, wurden 10 Millionen mehr angesetzt. Die zusätzlichen Mehrausgaben betragen insgesamt 79 Millionen Schilling. Für Darlehen und Beteiligungen ist ein um 10 Millionen geringerer Betrag im Budget und für den Ankauf von Wertpapieren um 15 Millionen weniger. Es ergibt sich somit ein Mehraufwand von 54 Millionen Schilling.

In der Verwaltungsgruppe für Kulturangelegenheiten steigen die Ausgaben von 39 Millionen auf 62,8 Millionen. Hier sind allerdings einmalige Ausgaben eingeschlossen und zwar 5 Millionen für den Bau des Museums der Stadt Wien und 30 Millionen für den Bau der Wiener Sporthalle. Jedoch auch bei Außerachtlassung dieser beiden Beträge ergibt sich eine Steigerung im Kulturbudget um 4 Millionen, das sind 18 Prozent, gegenüber einer Steigerung des Gesamtbudgets von 7,8 Prozent. 1,7 Millionen Schilling, die gleichfalls im Kulturbudget aufscheinen, sind für das Landesjugendreferat vorgesehen.

Beim Wohlfahrtswesen steigt der Aufwand um 12 Millionen auf 380 Millionen Schilling. Allein die Erwachsenenfürsorge wird 244 Millionen kosten und gegenüber dem Vorjahr unverändert in der Höhe ihres Aufwandes bleiben, trotz einem Rückgang in der Zahl der Befürsorgten. Es tritt also eine Steigerung in dem Ausmaß der Fürsorgeleistungen ein. (Beifall bei der SPÖ.) Die Jugendfürsorge erfordert 136 Millionen, sie steigt um 12 Mill.

Es ist die Eröffnung von 14 neuen Kindergartenabteilungen geplant, ferner sollen vier neue Räume zu vorhandenen Kindergärten dazugebaut werden.

Die Aufwendungen für das Gesundheitswesen steigen um 35 Millionen auf 476 Millionen Schilling. Davon werden nur mehr 12 Millionen zur Behebung der Kriegsschäden im Franz Josef-Spital benötigt. Alle Wohlfahrtsanstalten zusammen, also alle Spitäler, Obdachlosenheime, Jugend- und Altersheime, werden im nächsten Jahr einen Aufwand von 603 Millionen Schilling erfordern, davon die Spitäler allein 454 Millionen. Zu diesem Aufwand von 603 Millionen für die Wohlfahrtsanstalten dieser Stadt wird das Finanzressort allein einen Zuschuß von 329 Millionen Schilling leisten müssen, gegenüber 293 Millionen im Jahre 1953. Ein Patient kostet heuer pro Tag 73 Schilling, im nächsten Jahr jedoch 90 Schilling. Stadtrat Resch erklärt in diesem Zusammenhang, daß er wisse, daß weder die Privaten noch die Krankenkassen die volle Höhe der Kostenersatzes tragen können. Er bekenne sich zu dem Grundsatz, daß Krankheit Not ist und daß der Kranke daher ein Recht darauf hat, daß ihm von der Allgemeinheit geholfen wird. Die Allgemeinheit ist aber nicht die Gemeinde allein, dazu gehören auch der Bund und die Länder. Im kommenden Finanzausgleich wird über eine Aufteilung des Defizites der Spitäler in der Art wie vor 1938 entschieden werden müssen. (Allgemeiner Beifall.)

Mehr als eine Milliarde für Bauaufgaben

Der Gesamtaufwand für das Bauwesen ist um 77 Millionen auf 1.097 Millionen Schilling gestiegen. Er enthält den größten Teil des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, doch sind, wie Stadtrat Resch erklärte, auch bei anderen Verwaltungsgruppen Aufwendungen für Bauaufgaben vorgesehen, wie zum Beispiel die Stadthalle im Kulturbudget.

Die Aufwendungen für den Wohnbau konnten erfreulicherweise trotz Rückgang der Einnahmen um 57 Millionen auf 520 Millionen Schilling gesteigert werden. (Beifall.) Die Baukosten sinken nicht nur durch Sparmaßnahmen sondern vor allem durch die Normierungen der Bauteile und durch die Steigerung der Produktivität. Der für den Wohnbau vorgesehene Betrag reicht für 7000 Normalwohnungen. Ferner sind im Budget ein Kredit bis zu 50 Millionen für Genossenschaftsbauten vorgesehen, das ergibt zu-

sammen mit dem Bundeszuschuß und den Eigenmitteln ein Baukapital von 170 Millionen Schilling. Weitere 2000 Wohnungen können damit gebaut werden. Durch die Kriegsschadenbehebung und durch private Bautätigkeit werden weitere 2000 Wohnungen gebaut werden können, zusammen also 11.000 Wohnungen. Das sind bei einem wahrscheinlichen Abgang von 1000 Wohnungen immerhin ein Zuwachs von 10.000 neuen Wohnungen. (Beifall.)

Der sonstige Bauaufwand für Straßen, Brücken, Wasserbauten, Kanäle, Gärten, Bäder, Beleuchtung, Friedhöfe, Straßenpflege und anderes hält sich ungefähr in der Höhe wie 1953. Von den größeren Bauvorhaben erwähnte Stadtrat Resch 2,5 Millionen für die Erneuerung der Telephonzentrale im Rathaus, 7 Millionen für den Bau von Großverkehrsstraßen - der Aufwand für den gesamten Straßenbau ist mit 65 Millionen veranschlagt - die Fortsetzung der Liesingbachregulierung mit 9,3 Millionen, der Ausbau des Freudenauer Hafens mit 8,7 Millionen Schilling. Diese Ausgaben sind allerdings nur möglich, wenn der Bund seine Verpflichtung einhält und den gesetzlichen Anteil für Wasserbauten wirklich leistet. Für den Wiederaufbau der Rotundenbrücke sind 5,5 Millionen vorgesehen, für den Wasserspeicher Steinfeld 15 Millionen, für den Ausbau des Rohrnetzes 9,5 Millionen, für Wasserleitungsbauten in den Randgemeinden 2 Millionen, für das Theresienbad 9,7 Millionen und für die Erneuerung des städtischen Fuhrparks 5,6 Millionen Schilling.

Der Gesamtbauaufwand, das ist die laufende Erhaltung, der Neubau und die Behebung von Kriegsschäden in allen Verwaltungsgruppen, überschreitet zum erstenmal die Milliardengrenze. Er ist mit einer Milliarde und 24 Millionen Schilling um 91 Millionen höher als für 1953 und beträgt 33,1 Prozent des gesamten Budgetvolumens, also ein volles Drittel.

In der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen sinkt der Aufwand um 3 Millionen auf 170 Millionen Schilling; dies ist nur auf den Rückgang der Kriegsschäden um 28 Millionen zurückzuführen. Sonst ergibt sich eine Steigerung um 25 Millionen Schilling. Zum ersten Male ist in der Wohnhäuserverwaltung, die einen Abgang von 9,4 Millionen aufweist, der Zuschuß der Finanzgruppe ausgewiesen, um den theoretischen Grundsatz festzuhalten, daß die Betriebskosten von den Mietern zu tragen sind.

In der Verwaltungsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten sinken die Ansätze um 16 Millionen auf 232 Millionen Schilling. Für Schulmöbel werden um 6 Millionen Schilling weniger ausgegeben, da die Anschaffung moderner Schulmöbel abgeschlossen ist.

Um 10 Millionen Schilling sinkt der Betrag für die Behebung von Kriegsschäden auf Märkten, Schlachthöfen und in Schulen.

Trotz dem Rückgang der Kinderzahl müssen jedoch neue Schulen gebaut werden, vor allem in den neuen Siedlungsgebieten und in schlecht dotierten Bezirksteilen. Doch ist hier wegen einer eventuellen Fehlinvestition Vorsicht nötig.

Der Schulbauaufwand beträgt für die Erhaltung und Modernisierung der bestehenden Schulen 15 Millionen Schilling. Für Neubauten und sonstige bauliche Veränderungen sind gleichfalls 15 Millionen Schilling vorgesehen, für die Behebung von Kriegsschäden 15,4 Millionen, so daß der Bauaufwand allein für Schulzwecke 45,4 Millionen Schilling beträgt.

Die Märkte und Schlachthöfe erfordern 39,4 Millionen. Sie sind schwer passiv, denn die Einnahmen betragen nur 23 Millionen Schilling.

Die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Verwaltung beansprucht den geringsten Aufwand von allen Verwaltungsgruppen. Er beträgt 93,4 Millionen Schilling, um 600.000 weniger. Davon entfallen allein 7 Millionen Schilling für die Behebung der Kriegsschäden der Feuerwachen Am Hof und Ottakring. Der Aufwand für die Feuerwehr ist um zwei Millionen auf 45,6 Millionen gestiegen. Der Beitrag zu den Kosten für die Bundespolizei bleibt mit 35,3 Millionen unverändert. Für die Gemeinderatswahlen im kommenden Jahr sind 3,1 Millionen präliminiert.

35 Erinnerungen zum Budget

Der Voranschlag ist durch acht Tage zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Die Bevölkerung hat das Recht und die Pflicht, dazu Stellung zu nehmen. Heuer wurden 64 Einsichtnahmen verzeichnet und 35 Erinnerungen zum Voranschlag abgegeben. Beim Voranschlag 1953 waren es 40 Einsichtnahmen und 34 Erinnerungen. Unter denen, die Einsicht **nahmen**, befanden sich 33 Arbeiter und Angestellte, 5 Angehörige eines freien Berufes, 2 selbständig Erwerbstätige, 6 Pensionisten, 5 Rentner, 10 Frauen, die im Haushalt beschäftigt sind, ein Kleinlandwirt und zwei ohne Berufe.

Die Gemeinde Wien ist kreditfähig

Zum Abschluß seiner großen Rede sprach Stadtrat Resch grundsätzlich über die Kreditfrage. Wie die Zahlen des vorliegenden Voranschlages beweisen, so betonte er, ist es auch heuer wieder gelungen, ein Budget aufzustellen, dessen Leistungen und Vorhaben in keinem Belang hinter denen des Voranschlages für das Jahr 1953 zurückbleiben. Wenn ich auch zugeben muß, daß die Einnahmenseite des Voranschlages wegen der noch nicht bekannten Auswirkungen der Steuerreformen mehr Unsicherheitsfaktoren enthält als in den Vorjahren, und wenn es leider auch richtig ist, daß die voraussichtlichen Gesamteinnahmen 1954 hinter den tatsächlich erzielten Gesamteinnahmen des Jahres 1952 ja selbst 1953 zurückbleiben werden, so geben uns die, wenn auch nur bescheidenen Rücklagen, die wir durch die vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre erübrigt haben, die Sicherheit, daß wir das Programm dieses Voranschlages auf jeden Fall voll erfüllen werden. Ich weiß, daß damit noch nicht alle berechtigten Wünsche und Forderungen unserer Bevölkerung erfüllt sein werden und noch große Aufgaben zu leisten sind. Ich wiederhole daher die Erklärung, die ich schon bisher alljährlich bei jeder Budgetberatung abgegeben habe. Auch die Stadt Wien benötigt Kredite! Auch sie kann die Kosten ihrer noch ungelösten großen Probleme nicht allein aus ihren laufenden Einnahmen decken. Kredite zur Deckung der Kosten einmaliger großer Aufwendungen aufzunehmen, ist keine Erfindung jetzt lebender Finanzsachverständiger. Schon Breitner hat eine große Anleihe für die Stadt aufgenommen, die Dollaranleihe des Jahres 1927. Sie war übrigens der letzte Kredit, den die Gemeinde Wien erhalten hat. Seither hat es außer kurzfristigen Schatzscheinen und einer Konversionsanleihe, die aber auch kein neues Geld gebracht haben, keine Wiener Anleihe mehr gegeben. Kredite ermöglichen bekanntlich nicht nur die Ausführung von Vorhaben, für die die eigenen Mittel nicht reichen, sondern sie haben auch die erwünschte Wirkung, die Kosten von langlebigen Neuerrichtungen wenigstens zum Teil von den Schultern der jetzt lebenden Generation auf die zukünftiger Generationen zu überwälzen, die auch noch Vorteile aus dieser Inve-

stitution genießen. Das ist wirtschaftlich und moralisch gerechtfertigt und wurde von uns nie bestritten. Was wir immer abgelehnt haben und auch heute noch ablehnen, ist, dauernde laufende Aufgaben der Gemeinde aus Krediten zu decken. Hierzu zählen wir auch den sozialen Wohnungsbau, den wir als eine dauernde Pflichtaufgabe der Gemeinde ansehen und den wir daher wie alle dauernden Aufwendungen nur aus laufenden dauernden Einnahmen decken können. Das soll nicht heißen, daß wir für einen einmaligen zusätzlichen Wohnbauaufwand Kredite ablehnen. Wir wären im Gegenteil gerne bereit, durch eine, durch Kredite mögliche einmalige zusätzliche Leistung die Behebung der Wohnungsnot in Wien zu beschleunigen, wenn die normale Kapazität der Wiener Bauwirtschaft für eine solche zusätzliche Leistung ausreicht. Ausdrücklich möchte ich feststellen, daß wir im Gegensatz zu anderen Körperschaften dieses Landes für die Behebung unserer Kriegsschäden keine Kredite mehr benötigen. Für die noch nicht behobenen Kriegsschäden an Gemeindefohnhäusern - es sind dies nur mehr alte Häuser - werden wir die Kredite des Wohnhauswiederaufbaufonds in Anspruch nehmen und die sonst noch vorhandenen relativ geringen Kriegsschäden an unseren Brücken und sonstigen Anlagen mit eigenen Mitteln beheben. Für die vielen noch zu lösenden neuen Probleme aber werden wir Kredite brauchen. Leider kann man durch Reden allein Kredite weder im In- noch im Ausland erhalten. Die Kreditgeber verlangen mehr, vor allem neben der Bonität des Schuldners eine ausreichende Sicherheit des Geldwertes und die Gewähr der unbehinderten Rückzahlung. Echte Auslandskredite, keine bloße Verpfändung von Wertobjekten, sind nach meinen Informationen derzeit nicht zu haben. Solange Österreich kein selbständiger Staat ist und solange die Besetzung dauert, sind ausländische Kommerz-Banken nicht bereit, Kredite zu gewähren. Inwieweit die Weltbank bereit ist, für eine Gemeinde einen ausreichenden Kredit selbst zu geben oder hierfür die Haftung zu übernehmen, kann mangels eines Präzedenzfalles nicht beurteilt werden. Sie gibt normal Kredite nur an ihre Mitglieder, und das sind die Staaten, die ihr angehören, also in unserem Fall Österreich aber nicht Wien.

Auch im Inland scheinen mir ernste Verhandlungen erst möglich, bis die Rekonstruktion unseres Bankenapparates die Umwandlung kurzfristiger Einlagen in langfristige Kredite möglich macht. Wir können aber schon jetzt viel tun und haben schon viel getan, um im Falle der Möglichkeit ausreichende Kredite zu für unserträglichen Bedingungen zu erhalten. Wir haben die Kreditwürdigkeit unserer Stadt nicht nur erhalten, sondern wir haben sie noch beträchtlich gesteigert. Wir haben schon seit Jahren ein ausgeglichenes Budget, wir haben keinen Groschen neue Schulden gemacht, sondern in der Hoheitsverwaltung einen schuldenfreien Realbesitz geschaffen, dessen Verkehrswert ein Vielfaches jedes denkbaren Kredites ausmacht; wir haben schließlich als Sicherstellung auch unsere großen Unternehmungen, die Milliarden wert sind. Wien ist auch jederzeit bereit, über die noch vorhandenen unbedeutenden Reste seiner Auslandsschulden ein den Römer Protokollen über die Abstattung der Auslandsschulden halbwegs entsprechendes Abkommen zu treffen. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit unseren Gläubigern sind bereits im Gange. Ich möchte daher heute nicht mehr darüber sagen. Damit glauben wir für die Aufnahme eines Kredites mehr und Wichtigeres getan zu haben, als nur darüber zu reden. Wien ist nach seiner Vermögenslage heute für jeden denkbaren Kredit sicherer als irgendein Kreditwerber in Österreich. Ich halte es aber für richtiger, nicht zu drängen, auch nicht die Kreditwürdigkeit der Stadt durch die Aufnahme kleinerer Beträge zu schmälern, sondern ich bin dafür, den richtigen Augenblick für die Aufnahme eines ausreichenden Kredites zu für uns annehmbaren Bedingungen abzuwarten. Ich bin sicher, daß wir auch dieses Problem im geeigneten Augenblick und zur Zufriedenheit unserer Bevölkerung lösen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend möchte ich daher der Erwartung Ausdruck geben, daß unser schwer geprüftes und in seinen Hoffnungen durch nicht eingelöste Versprechen so oft getäushtes Vaterland endlich seine Freiheit und seine staatliche Souveränität zurück-erhalten möge. (Allgemeiner Beifall.) Wenn wir dann die großen Leistungen, die wir schon in der Vergangenheit allein aus unseren Budgetmitteln vollbracht und im Budget 1954 wieder vorgesehen haben, noch dadurch steigern können, daß wir aus den möglichen Krediten noch weitere große Probleme werden

lösen können, wird Wien bald zu seinem alten Ruf als sozialste Stadt Europas noch den der fortschrittlichsten Großstadt dazugewinnen. Ich bin sicher, daß dann nicht nur wir Wiener, sondern endlich alle Österreicher stolz sein werden auf ihre Bundeshauptstadt, auf unser geliebtes Wien. (Beifall bei SPÖ und OVP.)

Die Generaldebatte

GR. Wicha (WdU) wendet sich dagegen, daß das Budget der Gemeinde Wien erst dann veröffentlicht wurde, als es der Wiener Konferenz der SPÖ vorgelegt worden war. Die Sozialistische Partei verstehe es nicht, Partei und Verwaltung der Stadt auseinanderzuhalten.

Beim Wohnbau der Gemeinde Wien werde nach Ansicht der Unabhängigen auf die Bedürfnisse der Familie überhaupt keine Rücksicht genommen. Es werden weiterhin Zwingburgen und Wohnkaserne statt Siedlungsbauten errichtet. Auf diese Tatsache sei auch der katastrophale Geburtenrückgang zurückzuführen.

Es diene nicht der Vollbeschäftigungspolitik, daß die Mittel verschiedener Bauabteilungen eine starke Kürzung erfahren haben. Nach wie vor werden vom Wohnungsamt die Wohnungen zum größten Teil an sozialistische Parteimitglieder vergeben, so daß jede Eröffnung eines städtischen Wohnhauses in Wien einer sozialistischen Parteifeier gleichkomme. Die Baukosten müsse jedoch die gesamte Bevölkerung aufbringen. Auch die Frage der beschlagnahmten Möbel ehemaliger Nationalsozialisten sollte endlich gelöst werden. Neun Jahre nach Kriegsende wäre es höchste Zeit, das gesamte NS-Problem endgültig zu liquidieren.

Nach wie vor seien die Renten und Fürsorgeleistungen der Gemeinde Wien so niedrig, daß die Rentenbezieher nicht das Auslangen finden. Auch die Betreuung der Spätheimkehrer sei keineswegs ausreichend. Es wäre Aufgabe der öffentlichen Hand, diesen Menschen eine brauchbare Hilfe zu geben.

Die Gemeinde Wien sträube sich gegen die Liberalisierung von Koks, obwohl es der ganzen Bevölkerung zugute kommen würde, wenn der wesentlich billigere Koks aus Westdeutschland zollfrei eingeführt werden könnte.

Die gesamte Verwaltungstätigkeit stehe im Zeichen der kommenden Wahlen, und davon zeugen auch die lawinenartig angewachsenen Inscrates der Städtischen Unternehmungen in verschiedenen sozialistischen Zeitungen, die eine versteckte Subvention darstellen. Mit Zuckerbrot und Peitsche werden besonders jetzt städtische Angestellte in die SPÖ gepreßt. Noch dazu geschehe dies in der Amtszeit.

Die Unabhängigen lehnen die Diktatur einer einzigen Partei ab und fordern eine wahrhaft demokratische Verwaltung. Daher werden sie gegen dieses Budget stimmen.

GR. Lauscher (LBl) hebt hervor, daß seine Fraktion in den Jahren seit 1945 eine treibende Kraft des Wiederaufbaues in der Wiener Gemeindeverwaltung und von der Sorge erfüllt war, ein besseres und leichteres Leben für die arbeitende Bevölkerung dieser Stadt zu schaffen. Wo immer es um die Nöte arbeitender Menschen ging, habe sich die Opposition für eine wirksame Hilfe eingesetzt. Wir sind damit nicht zufrieden, sagt GR. Lauscher, wir sind der Meinung, daß die Gemeindeverwaltung im Interesse des arbeitenden Wiens mehr als bisher tun muß. In dem vorliegenden Budget seien keine wesentlichen Änderungen geplant, es verspreche höchstens, daß nichts schlechter werde.

Als dringendste und brennendste Probleme bezeichnet der Redner die Beseitigung der Verkehrsmisere, die Behebung der Wohnungsnot, den Kampf gegen die Krebskrankheit, die Sorge um das Leben und die Zukunft der Kinder und der Jugend, die Sicherung eines sorgenfreien Lebensabends für unsere Alten, den Kampf gegen Schmutz und Schund sowie die Herstellung der Vollbeschäftigung und die Erhaltung des Arbeitsplatzes für die Arbeiter und Angestellten.

Im Verkehrswesen, das am besten durch den Bau einer Untergrundbahn gelöst werden könnte, sehe das Budget für 1954 wieder 25 Großraumwagen vor, dieselben 25 Wagen, die man bereits für das heurige Jahr versprochen habe. Der Ausbau der Verkehrsbetriebe sei nur Stück- und Flickwerk.

Man könnte die Vorortelinie und die Verbindungsbahn elektrifizieren und eine Schnellbahn nach Floridsdorf bauen. Die Randgebiete sollten in das Wiener Verkehrsnetz einbezogen werden. Der Redner verlangt eine Modernisierung der alten Trieb- und Beiwagen, eine Kürzung der Intervalle zwischen den Straßenbahnzügen, die Heizung der Beiwagen und die Beseitigung von Verkehrsfällen.

Es sei erfreulich, daß die Gemeinde Wien mit 520 Millionen um 57 Millionen mehr für Wohnbauten ausgabe. 7000 neue Wohnungen im Jahr seien gewiß eine Hilfe für die Bevölkerung, damit werde aber der Wohnungsbedarf noch lange nicht befriedigt. Die Sozialistische Partei habe leider ihren ursprünglichen Vorschlag, die Besatzungskostensteuer für Mittel des Wohnbaues zu verwenden, über Bord geworfen. Die Menschen klagen darüber, daß es bei Wohnungsvergebungen, besonders von Gemeindewohnungen viel Protektion gebe. Der Redner schlägt vor, die Wohnungsvergebung unter öffentliche Kontrolle zu stellen.

Der Jugend müsse in großzügigerem Ausmaß Gelegenheit zu sportlicher Betätigung gegeben werden. Die Gemeinde Wien sollte darauf verzichten, Amateursportveranstaltungen mit hohen Steuern zu belegen. Neue Sportplätze seien zu errichten und der Jugend zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde möge darauf hinarbeiten, daß den Sportlern auf den Bundesbahnen die schon lange geforderte 50prozentige Preisermäßigung bei Fahrten zu Wettkämpfen gewährt werde.

Zur Sicherstellung eines sorgenfreien Lebensabends für die Alten verlangt der Redner eine Angleichung der Geldunterstützungen der Dauerbefürsorgten an die derzeit in der Sozialversicherung gewährten Renten.

Um die Kaufkraft der Bevölkerung und die Beschäftigung zu heben, muß der Handel nach allen Seiten gefördert werden, denn das Bauprogramm der Stadt Wien allein kann die Vollbeschäftigung nicht sichern. Die Wiener Gemeindeverwaltung muß darüber hinaus im eigenen Wirkungsbereich weitere Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Die Fraktion des Redners werde alle Maßnahmen der Gemeindeverwaltung unterstützen, die darauf abzielen, den Hausfrauen durch die Modernisierung des Haushaltes Erleichterungen zu schaffen.

Der Finanzreferent habe eine Milliarde Schilling auf Bank-

kontos gelegt und wiederum einige hundert Millionen Schilling zuwenig im Budget eingesetzt, wie sich beim Rechnungsabschluß zeigen werde. Auch der Anteil Wiens am Bundespräzipuum werde von Jahr zu Jahr größer. Diese Tatsachen stellen eine Beteiligung der Wiener Stadtverwaltung an der sogenannten Kamnitz-Sanierung dar.

Für das vorliegende Budget zu stimmen, würde bedeuten, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Lösung aller dringender Probleme weiterhin nicht in Angriff genommen wird, würde bedeuten, sich mit den ungenügenden Leistungen der Gemeindeverwaltung einverstanden zu erklären.

Die Gemeinderäte der Volksopposition werden alle künftigen Maßnahmen der Gemeindeverwaltung prüfen und ihnen, soweit sie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegen, zustimmen. Sie lassen sich dabei nur von dem Bestreben leiten, für die arbeitende Bevölkerung ein leichteres und besseres Leben zu schaffen.

GR. Schwaiger als Hauptredner der ÖVP weist darauf hin, daß für die Stadt Wien und ihre Bevölkerung und nicht zuletzt auch für die Wiener Gemeinderäte wieder ein arbeitsreiches Jahr zu Ende geht, ein Jahr, das ohne Zweifel ein Jahr des Erfolges, der Konsolidierung und des Wiederaufblühens der Donaumetropole war. Dieser Erfolg wurde durch die kluge Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik ermöglicht, die auf Bundesebene gemacht wurde. Dieser klaren Politik ist es gelungen, Österreich und damit auch Wien aus der inflationistischen Nachkriegszeit herauszuführen, den Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung zu sichern und einer ruhigen und steten Aufwärtsentwicklung zuzuführen.

Die Wiener ÖVP-Gemeinderäte sind auf diesen Erfolg stolz, weil sie wissen, daß es Männer der Österreichischen Volkspartei - das gut eingespielte Team Raab-Kamnitz - gewesen sind, die für diese erfolgreiche Entwicklung verantwortungsvoll zeichnen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Im Zeichen dieser begrüßenswerten Tatsache steht auch das Wiener Budget für das Jahr 1954, das nun dem Wiener Gemeinderat zur Beschlußfassung vorliegt.

Die Zahlen des Wiener Budgets 1954 zeigen, daß sich trotz des geäußerten Skeptizismus des SPÖ-Finanzreferenten der Stadt Wien der Optimismus des Finanzministers auch im Wiener **Gemein-****debudget** : klar und eindeutig durchgesetzt hat. Der Redner **erklärt** sodann, daß kein Grund zum Pessimismus wäre, da das Defizit von 190 Millionen Schilling in den Rücklagen, bzw. in den Mehreinnahmen reichliche Bedeckung finde. Auch im Budget 1952, und dieses kann zum Vergleich herangezogen werden, war ein Defizit von 132 Millionen Schilling veranschlagt. Der Rechnungsabschluß für 1952 hat dann jedoch einen Rechnungsüberschuß von 183 Millionen ergeben. Daraus ergab sich ein Ansteigen der Rücklagen auf 646 Millionen Schilling. Auch jetzt haben die Rücklagen trotz des Nachziehverfahrens eine beachtliche Höhe erreicht. Der Redner erklärt, es müsse einem hier der Gedanke kommen, daß die Gemeinde Wien durch die Zinsenerträge dieser hohen Rücklagen mit den Steuergeldern der Bevölkerung Geschäfte mache. Seine Fraktion verlange, daß man sich eingehend damit beschäftige, wie man der ohnedies so schwer geprüften Wiener Bevölkerung, die die am meisten besteuerte von ganz Österreich ist, durch Steuerherabsetzungen eine finanzielle Erleichterung schaffen könnte. Man begehe den großen Fehler, daß man der jetzt lebenden Generation innerhalb ganz kurzer Zeit übergebürliche Lasten aufbürde. GR. Schwaiger erklärt, daß durch eine weitblickende und großzügige Finanzpolitik schon längst die Möglichkeit zum Bau einer Untergrundbahn, zur Verlängerung der Schnellbahn nach Floridsdorf, der Bau eines Fernheizkraftwerkes und vieles andere hätte ermöglicht werden können. In diesem Zusammenhang müsse erwähnt werden, fuhr der Redner fort, daß die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien laufend Kredite an Städte und Gemeinden in allen Teilen Österreichs vergebe, jedoch nicht an die Gemeinde Wien. Hier müsse Wandel geschaffen werden.

Bezüglich der Mitarbeit seiner Fraktion an der Lösung dieses Fragenkomplexes erklärte GR. Schwaiger, daß sich Stadtrat Resch keine Sorge zu machen brauche. Seine Partei sei es seit Jahren in Österreich gewöhnt die Verantwortung zu tragen und schwierige Aufgaben zu lösen. Die Wiener Mandatäre der Volkspartei, die in führenden Positionen in der Ver-

waltung mitarbeiten, haben seit 1945 große und schwierige Probleme im Interesse der Bevölkerung gemeistert, so zum Beispiel auf dem großen Sektor der Städtischen Unternehmungen. Es wurden hier in den Jahren nach dem Krieg Leistungen gesetzt, wie sie vor 1938 in Jahrzehnten nicht zustande gebracht wurden. (Beifall bei der ÖVP.) Der Redner bemängelt sodann, daß den Gemeinderäten erst kurz vor Beginn der Budgetverhandlungen die Einsicht ins Budget gestattet wurde. Es bedeute dies zwar keinen Vorstoß gegen die Verfassung, zeige jedoch deutlich, daß die Verfassung hier einer Änderung bedürfe, wenn sie noch als demokratisch gelten will. Der Redner bezeichnet es auch als untragbar, daß über jede Anstellung der Gemeinde Wien lediglich der Personalstadtrat und über die Wohnungsvergebungen gleichfalls nur der Stadtrat für Wohnungswesen entscheide. Hier müßte demokratischer gehandelt werden und zumindest der zuständige Gemeinderatsausschuß Mitspracherecht haben. Der Redner verweist darauf, daß in anderen österreichischen Städten derartige Entscheidungen in den Gemeinderatsausschüssen oder sogar im Stadtsenat getroffen worden. Es dürfte hier nicht nach parteipolitischen Grundsätzen gehandelt werden.

Der Redner kommt sodann auf das Problem der bei der Gemeinde Wien angestellten Spitzensportler zu sprechen. Er bezeichnet es als nicht richtig, daß zwei in den Gaswerken beschäftigte Gaswerk-Fußballspieler nach ihrem Übertritt zu einem anderen Sportverein ihre Gemeindeanstellung "freiwillig" kündigen mußten. Der Handel mit Existenzen um des Sportes willen müsse energisch angeprangert werden.

Abschließend zum Kapitel Personalangelegenheiten erklärt GR. Schwaiger, daß er namens seiner Fraktion allen Arbeitern und Angestellten dieser Stadt den herzlichsten Dank aussprechen möchte. Er wisse, daß ihre Arbeit nicht immer leicht ist und daß sie noch lange nicht gerecht entlohnt wird. Auf Grund der klugen Finanzpolitik des Bundes, fuhr der Redner weiter fort, ist es jedoch gelungen, über den Weg des Nachziehverfahrens und durch die Steuermäßigung das Realeinkommen wieder etwas zu heben.

Zum Kapitel Kultur und Volksbildung erklärte der Redner, daß der Bund für Kultur in Wien wesentlich mehr übrig habe als die Gemeinde Wien. Er gibt der Meinung Ausdruck, die Gemeinde Wien interessiere sich für die Kultur nur dann, wenn auch der geschäftliche Erfolg gegeben ist. So ist aus dem Projekt der Sporthalle eine Stadthalle geworden, weil man befürchtet, daß man mit dem Sport allein keine Geschäfte machen könnte. Aus diesem Grunde wird auch die Aufstockung des Stadions unterlassen. In Wien gebe es derzeit kein Operettentheater und die Denkmäler werden verschenkt, weil sonst die Betreuung die Gemeindeverwaltung viel Geld kosten würde. Der Redner kritisiert dann die künstlerische Ausschmückung eines Gemeindebaues in Ottakring, für den als Motiv ein Schlagerlied gewählt und dieses dann in Verbindung mit Peter Rosegger gebracht wurde.

Der Redner setzte sich dann für eine gleichmäßigere Verteilung der Fürsorgegelder ein und verlangte, man solle auch seelisch gefährdete Kinder bei Familien unterbringen. Ein im Heim untergebrachtes Pflegekind kostet die Gemeinde Wien 53 Schilling, ein Kind in Familienpflege kostet aber nur 8 Schilling. Der Redner meint, es gebe genug Familien, die sich auch kranker und gefährdeter Kinder annehmen würden.

Zum Kapitel Gesundheitswesen führte er aus, daß auf diesem Gebiete seit 1945 ganze und verantwortungsvolle Arbeit geleistet wurde. Der Wiederaufbau in den Spitälern sei fast vollendet und es stehen bereits mehr Betten zur Verfügung als in der Vorkriegszeit. Eine Anzahl wertvoller Einrichtungen wurde geschaffen, sodaß das Wiener Gesundheitswesen wieder zu den modernsten in Europa gezählt werden darf. Das Defizit der Krankenhäuser bezeichnete er als erschreckend und sprach sich dabei gegen die gegenwärtige Praxis der Krankenkassen aus, die der Spitalsverwaltung überflüssige Konkurrenz machen und meinen durch Schaffung eigener Einrichtungen wie Ambulanzen, billiger arbeiten zu können.

Der Redner gab dann seiner Freude darüber Ausdruck, daß im Budget für das Jahr 1954 ein namhafter Betrag den städtischen Wohnhausbau sichert. Er erklärt, daß seine Partei den städtischen Wohnhausbau nach wie vor bejaht und ihn unterstützen wird. Dem fügte er hinzu, daß sich seine Partei bis zur letzten Konsequenz für das Wohnungseigentum weiter einsetzen

werde, weil dieses den Mietern die Unabhängigkeit gegen den Moloch Staat und den Moloch Kommune sichert. Der Redner meint, daß die Gemeinde Wien auch dem Bund zu Dank verpflichtet sei, weil dieser im kommenden Jahr in Wien 600 Millionen verbauen werde. (Zwischenruf bei der SPÖ: Das ist ja seine Pflicht!)

Zum Kapitel Wohnungswesen bringt der Redner einige kritische Bemerkungen vor und bemängelt unter anderem, daß der Gemeinderatsausschuß für das Wohnungswesen im heurigen Jahr nur viermal einberufen wurde. Er wirft dem Wohnungsamt eine Verpolitisierung vor und verlangt u.a. die Korrektur des Wohnungsanforderungsgesetzes. Seiner Meinung nach werden verschiedene Vorschriften für Einweisungen von Wohnungssuchenden sehr oft geändert und er verlangt daher, man solle sie durch klarere Richtlinien ersetzen.

Die 30 Millionen Schilling, die im Budget für Grundbeschaffung festgelegt wurden, bezeichnete er als eine wesentliche Post. Er verweist darauf, daß die Grundbeschaffung für den Wohnungsbau der Gemeinde Wien sich immer schwieriger gestalte und verlangt im Zusammenhang die Schaffung eines modernen Grundbeschaffungsgesetzes. (Zwischenrufe der SPÖ: Hört, Hört! und Seit wann?)

Zum Schluß sagte der Redner, er sähe es für eine Pflicht des Wiener Gemeinderates an, der Bevölkerung dieser Stadt herzlich Dank zu sagen; denn sie ist es, die durch ihre vielen Opfer unsere Arbeit erleichtert und ermöglicht. Die Volkspartei ist jedenfalls der Meinung, man müsse mehr dem Volk danken, denn von ihm bekommen wir das Geld. Das Volk ist es aber auch, das sich auf Grund seiner Opfer und Anstrengungen die Freiheit und Unabhängigkeit schon längst verdient hat! (Beifall bei der ÖVP.)

Sodann meldete sich GR. Dr. Soswinski (LBl) zu Wort: Er stellt die Frage, warum jedes Budget mit einem Defizit abschließt und warum es dann jedes Jahr beim Rechnungsabschluß einen Überschuß gibt. Diese Überschüsse der Jahre 1946 bis 1952 haben dazu geführt, daß die Gemeinde Wien mit ihren Unternehmungen ungefähr eine Milliarde Schilling in den Kassen, Sparkassen und Banken aufbewahrt hat. Der Redner stellt demgegenüber fest, daß die arbeitende Bevölkerung dieser Stadt eine Reihe von Forderungen habe, die zu einem Teil hätten befriedigt werden können, wenn man zumindest einen Großteil

dieses Betrages rechtzeitig ausgegeben hätte. Wieviel hätten unsere Alten und Befürsorgten bekommen können, was hätte für den Verkehr geschehen können, was hätte man im Wohnungsbau zusätzlich leisten können, wenn man diese Geldbestände benützt hätte.

In Wien gab es zwischen 1925 und 1930 Budgets, die ebenfalls mit einem Abgang abgeschlossen haben, aber beim Rechnungsabschluß waren nur zwei davon ausgeglichen. Der damalige Finanzreferent hatte auch nicht den Ehrgeiz, mit einem großen Überschuß abzuschließen. Er war kreditwürdig, obwohl sein Budget mit einem Abgang abschloß. Damals war eben die Befriedigung der ^{Budget} Bedürfnisse der Bevölkerung der Leitgedanke und nicht die Stärkung der Reserven. Der Redner sieht in diesen großen Reserven Gefahren für die Stadtverwaltung und bringt unter anderem die schwache Stellung der Gemeinde Wien bei den Verhandlungen mit dem Finanzminister damit in Zusammenhang. Der Bund drückt sich um die Bezahlung des Defizits der Krankenhäuser! Das Notopfer betrug in den Jahren 1949 bis 1952 je 400 Millionen Schilling. 1953 sogar 575 Millionen und im kommenden Jahr 700 Millionen Schilling! Die Fraktion des Linkenblockes hat seit Jahren auf diese Benachteiligung hingewiesen. Es besteht die Gefahr, daß bei neuen Anschlägen des Bundes auf die Länder sich die anderen Länder untereinander auf Kosten Wiens einigen könnten. Der Redner zitiert die Stellungnahme jener Delegierten bei der Sitzung des Hauptausschusses des Österreichischen Städtebundes im Oktober dieses Jahres, die sich gegen das Bundespräzipuum wendeten.

Zu der Frage, was die Stadt Wien von einer Abgabenteilung verlangen müsse, bringt Dr. Soswinski einen Resolutionsantrag ein in dem es heißt, daß alle bisherigen Zugeständnisse an den Bund rückgängig gemacht werden müssen; ferner müsse das Notopfer, beziehungsweise Bundespräzipuum, beseitigt werden; der Bund müsse den entscheidenden Anteil am Defizit der Spitäler übernehmen; alle Bundesbetriebe müssen ihre Gemeindesteuern entrichten und schließlich dürfen neue Lasten und neue Leistungen nur übernommen werden, wenn der Gemeinderat vorher seine Zustimmung gegeben hat. Der Redner beschäftigt sich ferner mit der Frage der Verbesserung der Steuereingänge für Wien. Es ist bekannt, daß die Steuermoral der Besitzenden von Jahr zu Jahr sinkt.

Der Finanzminister läßt die Steuerschulden wachsen, Wenn die Länder und Gemeinden die Steuern selbst einheben könnten, hätten sie Dutzende von Millionen Schilling Mehreinnahmen im Jahr. Ende 1951 zum Beispiel betragen die Gesamtschulden der Gewerbesteuerzahler 327 Millionen Schilling; ein Jahr später waren es bereits 430 Millionen. Die Einkommensteuerpflichtigen waren Ende 1951 dem Bund 690 Millionen schuldig und Ende 1952 sogar 817 Millionen. (Zwischenruf bei der ÖVP: "Usia-Steuern!")

Die Gemeinde Wien könnte, meint Dr. Soswinski ferner, weitaus mehr leisten, als in diesem Budget steckt. Das Defizit existiert nicht! Die Gemeinde und ihre Unternehmungen, ihre Kassenbestände und Einlagen machen heute eine runde Milliarde Schilling aus, aber die Wiener verlangen, daß der Finanzreferent nicht gegenüber der Bevölkerung sondern gegenüber dem Finanzminister eine harte Hand hat. Die Bevölkerung muß verlangen, daß diese Gelder nicht nutzlos aufgehoben werden!

Wien - Hauptstadt des sozialen Gewissens!

GR. Planek (SPÖ) bezeichnet das vorliegende Budget nicht nur als eine Frage der Finanzen, sondern darüber hinaus als ein Budget der sozialen Gesinnung, der Kultur und der Fürsorge für die Bevölkerung dieser Stadt. Aus der Fülle der Zahlen spricht immer wieder diese kommunale Gesinnung, die im Jahre 1918 in die Gemeindestube eingezogen ist: die Verpflichtung der Gemeinschaft dem Einzelnen gegenüber. Wie immer auch die politischen Parteien die Absicht der Mehrheit des Hauses beurteilen mögen, die historische Tatsache bleibt bestehen, daß die Sozialistische Partei eine neue, soziale Kommunalpolitik begründet hat. Wien wird daher auch in aller Welt als Hauptstadt des sozialen Gewissens bezeichnet (Beifall bei der SPÖ). Wie der Redner weiter ausführt, verleitet dieses historische Verdienst seine Partei jedoch nicht, von den Taten der Vergangenheit zu leben, sondern von den Taten der Gegenwart und dem Ziel der Zukunft. Aus der Vergangenheit kann man lernen, aber in der Gegenwart muß man nach den Grundsätzen der realen Möglichkeiten der Zeit wirken. Aus dieser Erwägung muß jene Auffassung abgelehnt werden, die am Landesparteitag der Österreichischen Volkspartei ausgedrückt wurde, zum vorwärtstrebenden Lueger-Geist zurückzukehren und ihn zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Es wurde in diesem Zusammenhang auch zitiert, welche lukrative kommunale Quelle die Gaswerke, Elektrizitätswerke, die Verstaatlichung der Tramway usw. für die Gemeinde Wien zu Luegers Zeit waren. Der Redner wirft nun die Frage auf, ob damit vielleicht gemeint war, daß man zu dieser hohen Gewinne abwerfenden Tarifpolitik, die für die Jahre vor 1918 und nach 1934 so charakteristisch war, zurückkehren wolle. Man scheine auch vergessen zu haben, daß es zu Luegers Zeit in diesem Lande eine antisemitische Bewegung gegeben hat. Wie immer man auch Dr. Lueger betrachten will und ohne den Menschen schreien zu wollen, treten wir dagegen auf, aus Dr. Lueger eine Legende zu machen. Wenn die Österreichische Volkspartei von Gesinnungsterror spreche, so sei zu sagen, daß Dr. Lueger im Dienstrecht festlegte, daß innerhalb der Gemeinde ein Republikaner oder Altdeutscher nicht zu dulden ist.

Der Redner stellt sodann fest, daß die Gemeinde Wien beim Bundespräzipium Opfer bringen mußte, und zwar um 21.7 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr. Zum Kapitel der Lohn- und Einkommensteuerreform könne er nur mit Genugtuung feststellen, daß es seiner Partei gelang, daß sich diese Steuerreform zugunsten des kleinen Mannes auswirke. Daß auch den Großen diese Steuerbegünstigung zugute kommt, wurde gegen ihren Willen durchgesetzt. Der Finanzminister hat zwar das Versprechen abgegeben, mit der Gemeindeverwaltung die Steuerreform zu besprechen, sich jedoch dann nicht daran gehalten. Sollten sich Mindereinnahmen aus dieser Steuerreform für die Gemeinde Wien ergeben, werden bei den nächsten Verhandlungen über das Finanzausgleichsgesetz entsprechende Forderungen gestellt werden.

Zu den Forderungen des GR. Schwaiger nach Herabsetzung der Steuern und Abgaben sei zu sagen, daß die Gemeinde Wien abgesehen von der Steuerreform große Opfer bringt, daß aber festgestellt werden muß, solange es in dieser Stadt Arbeitslose gibt, hat die Stadt Wien die Verpflichtung dafür zu sorgen, daß diese Menschen ihre elementarsten Bedürfnisse befriedigen können. Elend und Verelendung sind große Gefahren, die uns in dieser Hinsicht drohen. Seine Partei werde nicht zustimmen, daß dieser Zustand eintritt und ersucht alle um ihre Unterstützung.

Zum Kapitel Personalpolitik könne er GR. Schwaiger nur erwidern, daß es diesem hier bestimmt nicht auf das Mitspracherecht sondern auf den politischen Proporz ankomme. Die Einstellungen werden jedoch nur nach den Bedürfnissen der Stadt und der Eignung der Leute vorgenommen. Die Frage der Einstellung kann auch nur durch den natürlichen Abgang, also durch die Erreichung der Altersgrenze, gelöst werden. Auch die Frage der Verbesserung der Bezüge müsse, wie viele andere wichtige Angelegenheiten, gelöst werden. Im übrigen sei er überzeugt, daß das Referat für Personalangelegenheiten in sehr guten Händen ist (Beifall bei der SPÖ).

Zum Kapitel Kultur und Volksbildung übergehend, erklärte GR. Planek, daß man hier nicht immer nur die Finanzseite betrachten solle, sondern auch den damit erzielten Erfolg. Außerdem werden viele Posten, die auch zur Kultur gehören, in anderen Verwaltungsgruppen verrechnet. So wurden zum Beispiel allein für den Schulaufwand in den letzten vier Jahren nicht weniger als 112 Millionen Schilling ausgegeben. Zu bedenken sei auch, wie die Kulturbereitschaft, das Kulturbedürfnis bei der breiten Masse entwickelt ist. Es sei auch die Frage aufzuwerfen, in welchem Maße die Kunstschaffenden selbst sich ihrer sozialen Funktion bewußt sind. Was tun die Künstler und ihre Vereine und Verbände, um ihren Berufssorgen zu begegnen und das kulturelle Leben unserer Stadt zu durchbluten? Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die heranwachsende Jugend der Kulturfrage gegenüber immer aufgeschlossener wird. Allmählich erwacht in ihr wieder das Gefühl für Kulturwerte. Den Vorwurf, daß in dieser Stadt zu wenig für Kultur getan wird, bezeichnet der Redner als ungerechtfertigt. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Denkmalpflege, die Gartenanlagen, den künstlerischen Schmuck der Gemeindehäuser, die Aktion "Wien im Blumenschmuck", die Betonvasen auf den Straßen, die Förderung des Kunstgenusses durch Schülerkonzerte usw., die Konzerte im Arkadenhof, die Festwochen mit ihren Bezirksveranstaltungen, die Musiklehranstalten, Stipendien, Ehrenpreise, Subventionen usw., usw. Viele dieser Dinge scheinen dabei gar nicht immer im Kulturbudget auf, sondern werden anderswo verrechnet. Wenn man von Kultur redet, müsse man auch

unterscheiden Kunst, Wissenschaft und Bildung. Die Frage der Wissenschaft sei aber eine Frage des Staates.

Auf verschiedene Wohnungsfragen der Gegenwart eingehend verwies GR. Planek auf die Tatsache, daß mehr als 50 Prozent der Wiener Wohnungen in den Jahren 1888 bis 1919, also in der Ära der Spekulation mit Wohnungen, errichtet wurden. Hier ist auch die Ursache zu finden, warum wir soviele Schwierigkeiten bei der Lösung des Wohnungsproblems haben. 70 Prozent der Wiener Wohnungen sind typische Kleinwohnungen; zu Luegers Zeiten standen oft 7.000 dieser Wohnungen leer, weil damals die Arbeiter den Zins nicht zahlen konnten. Der Redner beschäftigte sich dann mit einigen interessanten Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahre 1951, wobei u.a. ermittelt wurde, daß 10,8 Prozent der Wohnungen stark überbelegt und dagegen 7 Prozent der Wiener Wohnungen unterbelegt sind. Der Redner erklärte, seine Fraktion beschäftige sich mit der optimalen Frage, nämlich mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel Wohnraum für die Wiener Bevölkerung zu schaffen. GR. Planek beschäftigte sich weiter mit der statistischen Erforschung aus der letzten Zeit, die klar eine steigende Qualität der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau aufweisen. Die Schaffung von gesunden Wohnungen bezeichnete er als die Voraussetzung für eine gesunde Familienpolitik überhaupt.

Er setzte sich dann mit den Ausführungen von Gr. Schwaiger auseinander, namentlich mit seiner Feststellung, daß das Wohnungseigentum für seine Partei das Problem Nr. 1 sei. Er erklärte, daß für die Sozialisten die Wohnung nicht als Ware gelte, sondern als eine grundsätzliche Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Seiner Partei gehe es bei der Verwirklichung dieser Politik nicht allein um die Arbeitsbeschaffung, sondern darum, den Menschen dieser Stadt, vor allem aber den Arbeitern und Angestellten, eine billige Wohnung zur Verfügung zu stellen. Zu den Ausführungen seines Vorredners über die Bodenfrage bemerkte er, daß die ÖVP im Gegensatz zu dieser heute vorgebrachten Erkenntnis immer wieder Schwierigkeiten bereite, wenn es um die Behandlung dieser Frage geht.

14. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2153

Zu dem von GR. Schwaiger erwähnten deutschen Bodenbeschaffungsgesetz vom 11. Juli 1953 erklärte GR. Planek, daß in ihm eben das enthalten ist, was die Sozialisten in Wien fördern, nämlich das Verhindern der Bodenspekulation.

GR. Planek wandte sich dann gegen die vorgebrachten Vorwürfe, die Gemeinde Wien betreibe mit ihrem Wohlfahrtswesen eine "Auslagenpolitik". Alles was in unserer Fürsorge geschieht, sagte er, richtet sich nach dem Grundsatz: "Vorbeugen ist besser als heilen" oder wie es Vizebürgermeister Honay immer ausdrückt: "Das höchste Gut ist der Mensch!" Es geht darum, den Menschen nicht nur zu helfen, sondern ihnen auch Freude zu bereiten. Es ist eine Schmähung der 3.700 Wiener Fürsorgeräte, wenn man von einer Auslagenpolitik spricht. Obwohl die Zahl der Dauerbefürsorgten zurückgegangen ist, was auch darauf zurückzuführen ist, daß immer mehr Menschen die Maisel-Rente beziehen, gibt die Gemeinde Wien für Unterstützungen immer mehr aus. Wir sind uns bewußt, daß das Problem der Vereinsamung des Menschen nicht durch Renten gelöst werden kann. Darum bemüht sich das Wohlfahrtsamt, durch Freude das Dasein der Befürsorgten angenehmer zu gestalten. Neben den Tagesheimstätten wurde auch die Urlauberkolonie geschaffen und man ist darüber hinaus bemüht, den alten Menschen durch Veranstaltungen das Leben freudiger zu gestalten. Dabei verkennen wir nicht die Tiefe der Erkenntnis, wie sie einmal Vizebürgermeister Honay mit Worten ausgedrückt hatte: "Möge es gelingen, eine Gesellschaft zu schaffen, die jegliche Fürsorge überflüssig macht!"

Durch einen Zwischenruf aus den Bänken der WdU herausgefordert, streifte der Redner auch die Frage der Nationalsozialisten. Er erklärte, seine Fraktion sei bemüht, diese Frage einer menschlichen Lösung zuzuführen. Dennoch müsse von dieser Seite das ehrliche Bekenntnis über das von diesem Regime verursachte Elend gefordert werden. Die WdU sollte endlich einmal aufhören, immer wieder zu versuchen mit diesen Dingen seine politische Suppe zu kochen.

Abschließend kam der Redner noch einmal zu den Ausführungen des GR. Schwaiger über die Finanzpolitik des Bundes zu sprechen. Er sprach über die Bemühungen der ÖVP um die

Schaffung einer "Kamnitzlegende". Er bemerkte hiezu, man habe noch nicht vergessen, daß der jetzige Finanzminister noch vor kurzem gegen jede Investitionspolitik war, auch wenn er nun seine Anschauung geändert hat. Wenn hier vorgebracht wurde, daß der Staat angeblich so unendlich viel für Wien leiste, dann muß daran erinnert werden, daß Wien 45 Prozent aller Steuern aufbringt und daher für alles, was der Bund in Wien tut, also in der Bundeshauptstadt, zu der er nicht ohne Verpflichtungen ist, die Wiener Bevölkerung aufkommen muß.

Abschließend stellt der Redner fest, daß das Budget wieder versucht, die großen Fragen unserer Stadt zu lösen. Es will Kultur und Volksbildung fördern, für Wohlfahrt und Gesundheit sorgen, Arbeit beschaffen, neue Wohnungen bauen und das Gesicht der Stadt weiter verbessern und verschönern. Der Redner schließt mit Worten des Bürgermeisters: "Wir werden dafür arbeiten, daß Wien als Stadt im Herzen Europas die Sendung erfüllt, die Drehscheibe Europas zu sein, in der sich die wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Spannungen des Kontinentes lösen, in jener großen Harmonie einer besseren erkenntnisreicheren Gesellschaft, die letzten Endes auch den dauerhaften Frieden bringen wird, der gewährleistet wird durch den Respekt vor der persönlichen Freiheit und Sicherheit und durch die bedingungslose Anerkennung des Rechtes jedermanns auf Arbeit, Nahrung, Wohnung und Bildung! (Beifall bei der SPÖ.)"

GR. Ing. Keller (parteilos) sagt, daß mit den vorhandenen Mitteln das Beste gemacht wurde. Doch konnten verschiedene schwerwiegende Probleme nicht gelöst werden; allerdings nicht durch die Schuld der Wiener Gemeindeverwaltung. Der Redner spricht dann über die Nationalbank und warnt vor dem Einfluß der ausländischen Bankiers auf diese Institution. Er erhebt die Forderung, daß die Österreichische Nationalbank eine Staatsbank werde; dann könnten alle Schwierigkeiten in Österreich gelöst werden.

In seinem Schlußwort bespricht Stadtrat Resch die Ausführungen der Debattenredner. GR. Wicha hat beanstandet, daß das Budget zuerst der Wiener Konferenz vorgelegt wurde. Dies sei jedoch, wie der Referent betont, nicht zur Beschlußfassung geschehen, sondern um die Öffentlichkeit auf diesem Weg über den Voranschlag zu informieren.

Der WdU-Redner hat ferner den Bau von Einfamilienhäusern verlangt. Dies ist aber nicht nur ein wirtschaftliches sondern auch ein städtebauliches Problem.

Der Bau eines Einfamilienhauses kostet um 20 bis 25 Prozent mehr! Ferner ist dies auch eine Frage der Grundbeschaffung. - Der Redner hat beanstandet, daß wohl die Kosten für den Bau der Stadthalle und des Museums im Kulturbudget ausgewiesen sind, nicht aber die Wohnungsbauten in der Gruppe Wohnungswesen. Der Grund dafür liegt jedoch darin, daß Stadtrat Mandl mit Recht gefordert hat, daß sein Einfluß auf diese Bauten vom Anfang an gesichert werde (Stadtrat Mandl: "Auch beim Stadionbau war das so!")

Zu der Kritik über die Dienstautos stellt Stadtrat Resch fest, daß von 98 Wagen, über die die Gemeinde 1946 verfügte, fast die Hälfte abgebaut wurden. Wien ist die letzte Gebietskörperschaft, die sich noch mit alten, im Betrieb unrentablen Wagen begnügt. Die Wagen, die wir einzukaufen beabsichtigen, sind keineswegs Luxuswagen sondern die billigsten. Vor allem ihre Betriebskosten sind billiger als die der alten Wagen. Im übrigen besteht die Verpflichtung, für die 13 neu anzuschaffenden Autos eine um 20 bis 25 Prozent höhere Zahl der alten Wagen abzubauen.

GR. Lauscher hat diesmal doch anerkannt, daß Leistungen vollbracht werden, auf die man stolz sein kann. Er führt dies allerdings auf den Einfluß der Kommunisten zurück. Ich gestehe zu, sagte Stadtrat Resch, daß die Kommunisten jene 6 Prozent Einfluß ausgeübt haben, die ihrem Einfluß in diesem Haus entsprechen (GR. Lauscher (LBl.): Das ist eine politische Rechnung!) Politisch ist das anders, repliziert Stadtrat Resch, da ist der Einfluß gleich Null! (Gelächter)

Im folgenden geht der Referent auf einige vom Debattenredner des Linksblocks vorgeschlagene Maßnahme ein. Zur Verkehrsmisere stellt er fest, daß diese keine Eigenschaft des Wiener Verkehrs allein ist sondern eine Eigenschaft jedes Großstadtverkehrs. - Die Aufhebung aller Sondertarife für Autobusse usw. würden bedeuten, daß man die Tarife erhöhen müßte. Eine viel größere wirtschaftliche Gefährdung läge jedoch darin, daß die notwendige Verkehrsleistung auf diesen Linien auf ein Vielfaches stiege. Gegen den Vorschlag, die B satzungskosten für den Wohnungsbau zu verwenden, habe der Referent nichts einzuwenden. Bei den Kindergärten ist es tatsächlich so, daß zu Beginn des Kindergartenjahres weit mehr als 800 Kinder weniger einge-

geschrieben waren. Das ist eine Folge des Wegfalles des Geburtenjahrganges 1947 und des Nachrückens des schwächeren Jahrganges 1950, bei dem sich die Zahl der Kinder um weit mehr als 10.000 gesenkt hat. - GR. Lauscher hat auch im Zusammenhang mit der Forderung nach Vollbeschäftigung gemeint, man dürfe nur auf die Interessen der Arbeiter Rücksicht nehmen. Wir aber, hielt Stadtrat Resch demgegenüber, die wir die Verantwortung tragen, haben natürlich die Interessen der gesamten Bevölkerung zu beachten. - Es wurde auch bemängelt, daß die Gemeindeverwaltung jedes Jahr einen Überschuß aufweist. Es ist richtig, daß nicht nur die Stadt Wien sondern alle Gebietskörperschaften bis hinauf zum Bund in den letzten Jahren zwar einen negativen Voranschlag gelegt haben, die Rechnungsabschlüsse aber positiv abschließen konnten. Die Ursache liegt darin, daß wir in inflationistischen Zeiten gelebt haben, so daß die Einnahmen automatisch stiegen. Auf der Ausgabenseite aber war das nicht der Fall.

Zu GR. Schwaiger gewendet, erklärt Stadtrat Resch, daß dieser sehr hart geurteilt hat. Er hat der so großzügigen und vorausschauenden Finanzpolitik dieser Stadt die Finanzpolitik des Bundes gegenübergestellt. Dazu müsse er sagen, daß er von maßgebenden Herren der Österreichischen Volkspartei schon andere Urteile über die Wiener Finanzpolitik gehört habe. Auch im Ausland urteilt man über die Finanzpolitik Wiens weit aus besser. Sie wurde als mustergültig bezeichnet gegenüber allem anderen was in Österreich geschieht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn GR. Schwaiger der Ansicht ist, daß ich mit Pessimismus über die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich gesprochen habe, müsse ich das zurückweisen,

fuhr Stadtrat Resch in seinem Schlußwort fort. Ich habe nur weniger Optimismus als gewisse Kreise des Bundes. Ich nehme jedoch mit Freuden zur Kenntnis, wenn es zu einer wirklichen weiteren Aufwärtsentwicklung der Wiener und österreichischen Wirtschaft kommt. Ich habe nur die Überzeugung, daß wir augenblicklich noch nicht die Hände in den Schoß legen und die weitere Entwicklung abwarten dürfen. Zum Thema Steuerreform kann ich nur sagen, daß ich sie ausdrücklich begrüßt habe, schon deswegen, weil die Steuersätze in den unteren und mittleren Einkommenstufen wesentlich überhöht waren.

Ich verstehe jedoch nicht, daß auch die Großeinkommen mit einer Verminderung der Steuer bedacht werden müssen, dafür habe ich kein Verständnis.

Die von GR. Schwaiger als so hoch bezeichneten Rücklagen machten im Jahre 1953 20,3 Prozent des Budgetvolumens aus. Sie decken also kaum zwei Monate des Budgets und sind relativ gering. Diese Rücklagen sind heuer schon mit 380 Millionen Mehrausgaben belastet, die nicht mehr in den Mehreinnahmen bedeckt werden konnten. Wir sind jederzeit bereit diese Rücklagen entsprechend zu verwenden, wenn es nötig ist. Ohne Not sollen sie jedoch nicht ausgegeben werden. Sie dienen dazu, die nötigen Schwankungen während des Jahres zu überbrücken und zur Sicherung, daß die Unternehmen, die für die Gemeinde arbeiten, nicht auf die Bezahlung ihrer Rechnungen warten müssen. Dies entspringt nur der Vorsicht, die wir uns in der Finanzpolitik zur Grundlage machen.

Die von GR. Schwaiger verlangte Steuerherabsetzung entspricht der alten bürgerlichen Forderung: Zurück zum Obrigkeitsstaat. Wir lehnen diese Politik, daß man der öffentlichen Wirtschaft die Mittel so knapp zuteilt, daß sie gerade nur ihren Betrieb und ihre Verwaltung aufrecht erhalten kann, grundsätzlich ab. Unsere Absicht geht vorwärts und aufwärts zum Wohlfahrtsstaat und zur Wohlfahrtsstadt. Dazu brauchen wir Mittel und sind daher nicht bereit diese abzugeben oder zu ermäßigen, so lange noch ein Arbeitsloser in dieser Stadt keine Beschäftigung hat. Derzeit haben wir 59.000 Arbeitslose. Es wäre daher ein Unrecht Steuern nachzulassen, denn dies würde im Endeffekt nichts anderes bedeuten, als daß die Einnahmen der Gemeinde geringer werden, sie also weniger Arbeit schaffen kann und damit mehr Arbeitslose sind.

Zum Thema Anleihepolitik des Bundes kann ich nur sagen, daß ich als verantwortlicher Vertreter der Finanzpolitik Wiens eine Anleihe zu den Bedingungen, zu denen die letzte Bundesanleihe abgeschlossen wurde, ablehnen würde. Wenn GR. Schwaiger meinte, wir sollen Kredite in der Zentralsparkasse aufnehmen, ist dazu zu sagen, daß dies nach den Statuten der Zentralsparkasse nicht möglich ist, da diese nicht an ihren Eigentümer Gelder verleihen kann.

Zu den genannten Leistungen der Unternehmungen zur Zeit Luegers muß ich sagen, daß u.a. in den letzten vier Jahren das E-Werk so ausgebaut wurde, daß seine neugeschaffene zusätzliche Leistung in Kilowatt größer ist, als die Leistung seit Gründung bis 1948 ausgemacht hat. Wir können sagen, daß auch nach 1945 Dinge geschaffen wurden, die alles übersteigen, was auf diesem Gebiete geleistet wurde.

Zur Beschwerde des GR. Schwaiger, daß das Budget den Gemeinderäten zu spät vorgelegt wurde, ist zu sagen, daß es sich hier lediglich um Terminschwierigkeiten handelt. Bereits im August erstellen die Abteilungen ihre Entwürfe. Anfang Oktober erhalte ich sie jedoch erst. Sie werden sodann zweimal überprüft, schließlich gedruckt, korrigiert und dann erst endgültig gedruckt. Sie können also auf keinem Fall vor dem 4. Dezember ausgesendet werden. Eine Änderung wäre nur durch eine Vorverlegung der Termine möglich, dies erscheint jedoch nicht zweckmäßig.

Wenn GR. Schwaiger Angriffe gegen die Verwaltung dieser Stadt gemacht hat, so möchte ich entschieden feststellen, fuhr Stadtrat Resch fort, daß die Gemeindeverwaltung in Bezug auf Reinheit ihrer Verwaltung jeden Vergleich mit irgendeiner Körperschaft in diesem Lande aushält. Ich will nicht von den Zuständen reden, die sich in einer Bezirkshauptmannschaft dieses Landes ereigneten, noch von den Zuständen, die sich im Ministerium für Vermögenssicherung zugetragen haben. Ich muß jedoch darauf verweisen, daß zwei faschistische Systeme nach 1934 sich ehrlich bemüht haben, auch nur einen berechtigten Vorwurf gegen die Reinheit der Verwaltung von 1918 bis 1934 zu finden. Es konnte jedoch von diesen beiden faschistischen Systemen nicht ein einziger Angriffspunkt gegen diese ordentlich und sauber geführte Verwaltung gefunden werden. Diesen Grundsatz haben wir beibehalten. Auch vom Rechnungshof wurde bei der Prüfung nichts wesentliches gefunden und die Verwaltung als mustergültig bezeichnet.

Beim Kulturbudget hat Gemeinderat Schwaiger gefunden, daß wir viel zu wenig getan haben. GR. Planek hat schon darauf hingewiesen, daß dieser Vorwurf ungerechtfertigt ist. Ich verweise auf die Zeit zwischen 1934 und 1938 und vor 1918 und behaupte, daß es noch nie in der Geschichte dieser Stadt, so weit sie uns bekannt ist, Perioden gegeben hat, in denen so viel für Kulturangelegenheiten aufgewendet wurde, wie in den letzten Jahren.

Zur Frage der Pflegekinder teilte mir Vizebürgermeister Honay mit, daß nur kranke Kinder in den Heimen untergebracht sind, die gesunden jedoch bei Pflegeeltern. Die Kinder, die an Familien gegeben wurden, konnten jedoch nur zum kleinsten Teil in Wien untergebracht werden. Hauptsächlich sind sie auf dem Lande, vor allem in Niederösterreich. Es ist also nicht so, wie GR. Schwaiger meint, daß mit einer Erhöhung der Pflegegebühren, genügend Pflegeeltern gefunden würden. Eine Gebührenerhöhung kann die Gemeinde Wien jedoch nur im Einverständnis mit Niederösterreich durchzuführen, da sie sonst Niederösterreich Konkurrenz machen würde, da jeder dann nur Wiener Kinder nehmen würde. Wenn Niederösterreich bereit ist seine Pflegegelder zu erhöhen, schließt sich selbstverständlich die Wiener Gemeindeverwaltung an.

Zum Bau von Wohnungseigentum erklärte Stadtrat Resch, daß ihn auch die Sozialisten bejahen. Was sie aber ablehnen ist, daß Mittel der Allgemeinheit dazu benützt werden, um Eigentum für Einzelne zu schaffen. Kredit auf 75 Jahre ist ein Geschenk, das man gleich an zwei Generationen macht. Der Bau der Eigentumswohnungen wird von der ÖVP aus politischen Motiven gefördert, wobei der Wiederaufbau eines großen Teiles der zerstörten Wohnungen, für die die Mittel bestimmt sind, vernachlässigt werde..

Zur aufgeworfenen Frage der Grundbeschaffung erklärte er, daß die Gemeinde Wien gegenwärtig Grundstücke für die Errichtung von etwa 50.000 Wohnungen besitze, die allerdings zum Teil verpachtet sind. Er verlas einen Brief, in dem Stadtrat Dkfm. Nathschläger in seiner Eigenschaft als Geschäftsführender Obmann der ÖVP-Fraktion im Österreichischen Städtebund seinerzeit^{zu} den vorgeschlagenen Maßnahmen für die Grundbeschaffung ablehnend Stellung nahm. Stadtrat Resch gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Wiener Stadtverwaltung jederzeit bereit wäre, das vom Westdeutschen CDU geschaffene Grundbeschaffungsgesetz zu akzeptieren.

Stadtrat Resch beschäftigte sich dann mit den Ausführungen des Gemeinderats Dr. Soswinski und seinen Vorschlägen über die Verwendung der Rücklagen für Zwecke der Fürsorge. Seine Anträge, man möge aus diesen Rücklagen dauernd Unterstützungen auszahlen, bezeichnete er als Demagogie, gleichso seine Vor-

würfe, die Gemeinde Wien nehme eine schwache Stellung bei den Finanzverhandlungen mit dem Bund ein. In der Frage des klinischen Mehraufwandes hat der Bund noch vor den Verhandlungen mit Wien mit den Kliniken in Innsbruck und Graz verhandelt. Der Bund hat bekanntlich Wien nur 18 Prozent als klinischen Mehraufwand zugestanden, Wien hat aber mehr verlangt und als es zurückgewiesen wurde, hat es gegen den Bund die Klage eingebracht. Auch bei der Gestaltung des Bundespräzipiums trifft der Vorwurf, Wien ließe sich schlechter behandeln, nicht zu. Seiner Meinung nach benötige die Wiener Stadtverwaltung keiner Belehrung. Sie weiß, was sie zu verlangen habe.

Schließlich kam Stadtrat Resch auch auf die Ausführungen von GR. Dr. Soswinski über die gegenwärtige angeblich schlechte Steuermoral zu sprechen und hielt ihm das Beispiel der Usia-Betriebe vor. Nur an Lohnsummensteuer, Grundsteuer und Wassergebühren schulden diese Betriebe an die Stadt Wien 20 Millionen Schilling, nicht zu reden von den enormen Gas- und Stromschulden. Er schlug Dr. Soswinski vor, zuerst einmal dort Ordnung zu machen und dann erst der Wiener Stadtverwaltung zu empfehlen, was sie mit den übrigen Schuldnern machen soll.

Abschließend antwortete Stadtrat Resch noch GR. Ing. Keller (parteilos) Schulden machen, so führte er aus, wäre keine Kunst. Schulden machen war immer der letzte Ausweg einer Verwaltung, wenn sie nicht mehr weiter konnte. Was seine Warnung vor dem Überfremden der Nationalbank betrifft, so gab er der Meinung Ausdruck, daß keine Gefahr besteht, daß das österreichische Bankensystem mit fremdem Kapital überfremdet werden könnte.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des zweiten Hauptstückes, Finanzwesen, mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ angenommen. Der Beschlußantrag von GR. Dr. Soswinski wird gegen die Stimmen des Linksblocks abgelehnt.

Hierauf unterbricht der Vorsitzende Bürgermeister Jonas, um 19.15 Uhr, die Sitzung des Gemeinderates. Die Beratungen über den Voranschlag werden morgen Dienstag fortgesetzt. Stadtrat Sigmund wird über die Ansätze der Verwaltungsgruppe I, Personalwesen, Verwaltung und Betriebsreform, referieren.